

Wochensatz 35 Bl. monatlich 3.60 M. im voraus gebahrt. Postbezug 4.30 M. einchl. Postgeb. Auslandsubskriber monatlich 4.- M. pro Monat.

Der „Bormarts“ erscheint wochentlich am Sonntag, Montag und Dienstag einmal, die Morgenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Bormart“.

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einjährige Hauptabgabe 40 Bismarck, Kellnerstraße 2 - Reichsmarkt, „Kleine Wagen“ aus der Straße West 25 Bismarck (Gülden) und 12 Bismarck, jedes weitere West 12 Bismarck. Einjahresgabe aus der Straße West 12 Bismarck, jedes weitere West 10 Bismarck. Bitte über 15 Bismarck bitten für zwei Bismarck. Einjahresgabe über 60 Bismarck. Familienabgabe für Familien mit 40 Bismarck. Einjahresgabe im Hauptgeschäft Bismarckstraße 2, wochentlich, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlich: Winkler 992-997. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 336. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kugelschreiber und Beamten Walkstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstr. 3

Brockdorff-Rankaus Nachfolger.

Ministerialdirektor von Dirksen vorgeschlagen.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat die Reichsregierung beschlossen, das Agreement für den Ministerialdirektor von Dirksen als deutscher Botschafter in Moskau bei der Sowjetregierung nachzusuchen. Wenn auch begreiflicherweise keine amtliche Bestätigung dieser Nachricht zu erlangen ist, solange das Agreement nicht erteilt ist, so glauben wir, ihre Richtigkeit bejahen zu können. An der Erstellung des Agreements durch die Sowjetregierung ist kaum zu zweifeln, zumal von Dirksen in den letzten Jahren wiederholt als erfolgreicher Unterhändler mit Sowjet-Rußland tätig gewesen ist, teils in Berlin, teils in Moskau, teils auch bei den Genfer Beratungen, an denen er regelmäßig als Spezialist für Ostfragen teilzunehmen pflegte.

Herr von Dirksen, der tatsächlich einer der besten Kenner der Ostprobleme im Auswärtigen Amt ist, war zeitweise deutscher Generalkonsul in Danzig, aber seit seinem Uebertritt aus der preussischen Verwaltungslaufbahn in den diplomatischen Dienst ist er fast ausschließlich in der Berliner Zentrale, und zwar im Ostreferat, tätig gewesen. Bei dem großen diplomatischen Revirement vor Jahresfrist wurde er zum Leiter der Ostabteilung an Stelle des Ministerialdirektors Bakrotz bestimmt, der selber zum Gesandten in Christiania ernannt wurde.

Für die deutsche Auslandspolitik wäre es immerhin ein Vorteil, wenn der künftige deutsche Botschafter in Moskau ein Mann sein würde, der — bei aller Objektivität gegenüber Sowjet-Rußland — auch an den Verhandlungen mit den Westmächten in Genf und Locarno loyal mitgewirkt hat.

„Warum nicht Seede?“

Die „Kreuz-Zeitung“ zitiert beäugend eine höchst merkwürdige Auslassung der deutschnationalen „Politischen Wochenschrift“, in der nicht mehr und nicht weniger als folgendes erzählt wird: Das russische Außenkommissariat habe kurz nach Bismarcks Tode das deutsche Auswärtige Amt wissen lassen, daß es die Ernennung des Generals n. Seede zum Nachfolger fordere. Die Sowjetregierung würde einen anderen Botschafter zwar dulden, aber nicht mehr als dulden. Ueber diese „Forderung“ sei Stresemann entsetzt gewesen. Breitscheid habe die Sozialdemokratie von der „Forderung“ unterrichtet, und daraufhin habe Künstler im „Vorwärts“ die engen Beziehungen zwischen Seede und Schlichterin bloßgestellt. „Das“ schreibt unter Zustimmung der „Kreuz-Zeitung“ die genannte Wochenschrift, „war die Sprache der Latzen.“

Somit diese abenteuerliche Geschichte zur Sozialdemokratie hinüber spielt, ist sie die vollkommenste Räuberspielle, die jemals die deutschnationalen Wochenschriften verfaßt hat. Breitscheid hat von der angeblichen „russischen Forderung“ erst gestern aus der „Kreuz-Zeitung“ erfahren, und Künstler hat bei seinen Veröffentlichungen im „Vorwärts“ an alles eher gedacht als an die Nachfolge Brockdorffs in Moskau.

Interessant an der Geschichte bleibt, daß die Deutschnationalen sie glauben und jetzt die deutsche Regierung angreifen, weil sie der angeblichen russischen Forderung nicht nachgegeben ist. Nach ihrer Meinung hat also nicht die deutsche Regierung, sondern die jeweilige ausländische Regierung zu bestimmen, wer in ihrem Machtbereich die deutschen Interessen zu vertreten hat? Ist das „nationales Selbstbewußtsein“? Nein, das ist nicht nur die Sprache, sondern auch die Gesinnung von Latzen!

Gegen den Stalinskurs.

Die Aussichten der Rechtsopposition.

Von Peter Garwy.

Die internationale Arbeiterchaft schenkt der gegenwärtigen Phase der russischen Krise bei weitem nicht dieselbe gespannte Aufmerksamkeit, mit der sie früher die dramatischen Episoden des Niederganges der Linksoption verfolgt hat. Das ist erklärlich. Denn der verzweifelte Kampf der Vorbereiter und Führer der Oktober-Revolution mit Trocki an der Spitze um die Aufrechterhaltung der Illusionen des Bolschewismus trug einen recht tragischen Charakter. Dagegen ruft der jähe Kampf der Totengräber des klassischen Bolschewismus, der Stalinisten gegen die namen- und führerlose „Rechtsabweichung“ begreiflicherweise nur ein schwaches Interesse hervor. Kein mitreißendes Trauerspiel, vielmehr ein fahler Epilog einer langweiligen Tragikomödie.

Die Kampfanlage Stalins gilt jetzt bekanntlich der rechten Richtung der KPD. Es handelt sich dabei nicht um eine klar und streng umgrenzte Theorie, geschweige denn um eine organisierte Fraktion, wie es seinerzeit mit dem Trockismus der Fall war. Vielmehr handelt es sich um eine Stimmung, um eine Tendenz, die zwar immer in der herrschenden Partei vorhanden war, die sich aber nach der Erledigung der Linksoption und unter dem Einfluß der zunehmenden Wirtschaftskrise ungemein verstärkt und verbreitet hat.

Die Rechtsopposition in der KPD findet einen starken Widerklang in den verschiedensten Klassen und Schichten der nachrevolutionären Gesellschaft. Zum Teil gerade weil sie mehr Stimmung als geformtes Programm ist. Schon die linkskommunistische Trocki-Option wurde ihrerzeit von breiten Bevölkerungskreisen mit Sympathien aufgenommen, nur weil sie sich gegen die Alleinherrschaft Stalins richtete und die vererbliche Parteidiktatur zerrüttete. Eine wirkliche Unterstützung der Linksoption durch die Volksmassen war aber wegen des ökonomischen Utopismus dieser Richtung im voraus ausgeschlossen, was unvermeidlich zur verblüffenden Niederlage Trockis führen mußte.

Anders steht es mit der Rechtsopposition. Ihre Schwäche als Parteirichtung liegt aber zweifellos darin, daß sie keine geformte Ideologie hat und zu haben mag, da ihre ganze Einstellung offensichtlich mit dem klassischen Bolschewismus kaum in Einklang gebracht werden kann. Zum Unterschied von der Linksoption stellt die Rechtsabweichung kein Programm, nur Forderungen auf. Ihre Stärke als einer wenn auch formlosen Opposition besteht in ihrem verhältnismäßigen Realismus auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, in ihrem Streben nach der Ausöhnung mit der Bauernschaft.

Daher die große Anziehungskraft der Rechtsopposition auch außerhalb der Monopartei. Ihre soziale Basis kann sehr breit, in der Breite fast „national“ werden. Als „Stimmung“ findet die Rechtsabweichung einen lebendigen Widerhall bei den Großbauern und der Dorfarmut, bei den Arbeitern und Beamten, bei den Repleuten und Handwerkern — kurz, bei allen sozialen Schichten, die unter der gegenwärtigen Wirtschafts- und Ernährungskrise leiden und die Ursachen ihres Leidens in der andauernden Politik der forcierten Industrialisierung in der Stadt und der Zwangs-kollektivierung auf dem flachen Lande sehen.

Die Rechtsopposition wird auf diese Weise zum Sprachrohr verschiedener sozialen Klassen, zum Teil mit entgegengelegten Interessen. Wie groß jetzt die Bewegung in Stadt und Land ist, wie gespannt die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Diktatur sind, beweist u. a. die Feststellung der „Pravda“ vom 11. November, daß die Zahl der Korrespondenzen auf die „Dorfkorrespondenten“ und Sowjetbeamten im Jahre 1928 zweimal so hoch ist, wie im Vorjahr. In unzähligen Artikeln wird gleichzeitig betont, daß nicht nur das „Kulakentum“ und die Rep-Bourgeoisie, sondern auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiterklasse durch die „im Grunde genommen kapitalistische“ Ideologie erfaßt sei, — gar nicht zu reden von den „Spezen“, besonders von den Wirtschaftlern, die als Grundleger dieser Ideologie gebrandmarkt werden.

Die Stalinisten versuchen, die Sachlage so zu entstellen, als ob gerade die „riesigen Erfolge“ der angeblich „sozialistischen“ Wirtschaft die Unzufriedenheit und den verzweifeltsten Widerstand der kapitalistischen und kleinbürgerlichen Elemente in Stadt und Land hervorgerufen. Die Verschärfung des Klassenkampfes wird dabei als Resultat der „siegreichen Offensive“ des Sozialismus gegen die Ueberreste des Kapitalismus hingestellt. So schreibt z. B. („Pravda“ Nr. 266) Leo Kamenew, der gleich Sinowjew seinerzeit Trocki verraten hatte, und jetzt als Stalins Gehilfe wieder aufgetaucht ist, daß der Kampf um die Verlangsamung des Industrialisierungstempos „nichts anderes ist als der Ausdruck des Widerstandes der kleinbürgerlichen Elemente gegen die zunehmende Stärkung des sozialistischen Sektors in der Volkswirtschaft“.

Die Stalinisten machen sich aber die Aufgabe zu leicht! Richtig ist, daß die linksgerichtete Wirtschaftspolitik Stalins

Das Reparationsproblem.

Neuer deutscher Schritt in Paris und London.

Paris, 23. November. (Eigenbericht.)

Die deutsche Regierung ließ am Freitag in Paris eine neue Demarche in der Reparationsfrage unternehmen. Botschafter v. Hoersch stellte im Laufe des Vormittags dem Außenminister Briand, am Nachmittag dem Ministerpräsidenten Poincaré einen Besuch ab. Herr v. Hoersch überreichte dabei ein Memorandum und entwickelte gleichzeitig in seinen mündlichen Ausführungen die deutsche Auffassung, in denen er sich besonders dahin wandte, daß das Sachverständigenkomitee mit einer von vornherein festgelegten Marschroute arbeiten solle, und betonte, daß von einer mündlichen Lösung des Reparationsproblems nur dann gesprochen werden könne, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteige. Der französischen Auffassung, daß die deutsche Leistungsfähigkeit bereits

im Dames-Plan geregelt sei, wurde entgegengehalten, daß der Verzicht auf die Transferklausel, den die in Genf in Aussicht genommene Lösung erfordere, völlig neue Voraussetzungen schaffe. Bisher habe Deutschland lediglich mit Hilfe der in Amerika aufgenommenen Kredite gezahlt. Künftig werde es die Gesamtheit seiner Leistungen aus den Ueberbüssen seiner eigenen Wirtschaft aufbringen haben. Dieser grundlegenden Modifikation der Verhältnisse könne das Sachverständigenkomitee nur gerecht werden, wenn es auf der neuen Grundlage die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfe.

Ein ähnlicher Schritt ist gestern in London durch den Botschafter Stohmer beim Unterstaatssekretär Lindsay erfolgt.

Neuer Aufstand in Schantung.

Landlose Bauern und arbeitslose Kuli.

London, 23. November. (Eigenbericht.)

In einigen Teilen der Provinz Schantung machen sich Anzeichen neuer schwerer Unruhen auf dem Lande bemerkbar. Trotz aller Anstrengungen ist es den Regierungstruppen bisher nicht gelungen, die von der Organisation der sogenannten „Roten Bannern“ geführte Bauernbewegung zu erticken. Starke Truppen der Vereinigung haben sich in die Berge zurückgezogen und sich reorganisiert. Verschiedene Bänder haben bereits wieder erfolgreiche Vorstöße in die Ebene gemacht. Die Bauern besetzten zum Schutz ihrer Habe die Dörfer und haben die Regierung um Waffen erlucht, da sie von den schwachen Regierungstruppen genügend in Schutz nicht erwarten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der in Vorbereitung begriffene Aufstand die nur mit Mühe unterdrückte letzte Bauernrebellion an Umfang weit übertreffen wird.

Stalins trockene Guillotine.

Trockis Sekretär nach Hungerstreik gestorben.

Das Zentralorgan der linken Kommunisten meldet, daß der verhaftete Sekretär Trockis, Butoff, nach mehrwöchigem Hungerstreik infolge physischen Zusammenbruchs verstorben sei. Man habe die Tatsache des Hungerstreiks zu verheimlichen versucht. Die Opposition hätte jedoch für die Verbreitung der Meldung gesorgt. Hierauf sei es zu neuen Sympathie-Kundgebungen der Industriearbeiterschaft für Trocki gekommen.

Sozialisten für die Landwirtschaft.

Regierungsprogramm in Estland.

Reval, 23. November. (Eigenbericht.)

Der mit der Regierungsbildung beauftragte sozialdemokratische Führer Keij hat den linksbürgerlichen Parteien sein Programm übermittelt; es hat sehr günstige Aufnahme gefunden. Als wichtiges Gesetzprojekt ist die Versicherung der Landwirte gegen Ueberflussschwemmungen, Hagel und anderer Naturereignisse vorgelesen.

Man glaubt, daß es Keij gelingen wird, ein Kabinett zustande zu bringen.

König Georg schwer erkrankt.

Ausbreitung der Lungenentzündung.

London, 23. November. (Eigenbericht.)

Die ursprünglich für leicht gehaltene Erkrankung des Königs Georg V. von Großbritannien hat sich nach einer unruhig verbrachten Nacht verschlimmert. Ein misslags ausgegebenes ärztliches Bulletin spricht von einer weiteren Ausdehnung der Entzündung des erkrankten Lungenflügels. Der Zustand wird allgemein als ernst betrachtet.

Ein am späten Abend herausgegebenes ärztliches Bulletin besagt, daß sich das Befinden des Königs nicht verschlimmert habe, vielmehr sei die Temperatur etwas gesunken.

Die Vereinheitlichung des Steuerwesens.

Annahme des Gesetzentwurfes durch den Reichsrat.

eigen wachsenden Widerstand in Stadt und Land hervorruft. Nicht richtig ist, daß dieser Widerstand durch das „riesenhafte Gedeihen“ der sogenannten „sozialistischen Konstruktoren“ veranlaßt ist. Richtig ist, daß die kapitalistischen und kleinbürgerlichen Elemente in Stadt und Land der bolschewistischen Wirtschaftspolitik feindlich gegenüberstehen. Nicht richtig ist, daß nur bürgerliche Kreise sich gegen die Stalinische Wirtschaftspolitik, die dem Trozki-Programm entspringt, wirklich aufbäumen.

Wäre das „riesenhafte Gedeihen“ der linkskommunistischen Wirtschaftspolitik und insbesondere der auf Kosten der Bauernschaft forcierten Industrialisierung eine „unumstrittene Tatsache“, so müßte sie in der Besserung der Gesamtlage der Sowjetunion und in der Berengung des Kreises der Unzufriedenen zum Ausdruck kommen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Durch die zunehmende Wirtschaft- und Ernährungskrisis, die die allgemeine Unzufriedenheit besonders auf dem ländlichen Lande auf die Spitze treibt, wird das Versagen des bolschewistischen Wirtschaftssystems am greiflichsten hervorgehoben.

Die Stalinisten betonen, daß die Rechtsabweichung in der KPdSU „ein Programm der Restauration des Kapitalismus“ bedeute. („Pravda“ Nr. 266.) Das ist freilich eine demagogische Uebertreibung. Die rechte Richtung in der herrschenden Partei geht keineswegs so weit, die Grundsätze des bolschewistischen Wirtschaftssystems revidieren zu wollen. Sie steht mit beiden Füßen auf dem Boden der terroristischen Diktatur und der Utopie, trotz der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands diesem Lande den Sozialismus bringen zu können. Immerhin handelt es sich einseitig nur um die Verlangsamung des Industrialisierungstempes und um den Verzicht auf die Zwangs Kollektivierung der Bauernschaft — kurz und gut um Konzessionen an die Bauernschaft und um Rückkehr zur Rep der neuen Wirtschaftspolitik, wie sie von Lenin „im Ernst und auf die Dauer“ verkündet war.

Damit werden aber die Grenzen der parteipolitischen Möglichkeiten der Rechtsopposition in der KPdSU eng gezogen. Freilich würde ihr Sieg über Stalin eine verhältnismäßig starke Besserung der Wirtschaftslage besonders auf dem ländlichen Lande und eine gewisse Entspannung in der Außenpolitik mit sich bringen. Aber auch diese Besserung könnte nur vorübergehender Natur sein. Die Anziehungskraft des Rechtsbolschewismus außerhalb der Partei würde bald erschöpft werden, da die einfache Rückkehr zur Rep unter Beibehaltung des im Grunde utopistischen Wirtschaftssystems und der Parteidiktatur die Krise im Lande nur lindern und verschieben, keineswegs aber lösen könnte.

Immerhin würde der Sieg der Rechtsopposition eine beträchtliche Machtverschiebung und eine Entfesselung jener sozialen Kräfte bedeuten, die jetzt unter dem Stalinischen Kurs völlig gebunden sind.

Kommt es aber überhaupt zu einem Sieg der Rechtsopposition? Für die nächste Zeit scheint es zweifelhaft zu sein. Eine form- und führerlose Opposition kann nicht über einen mächtigen, militärischen Parteiapparat siegen, der in seiner Hand alle Hebel der Staatsmaschine festhält.

Die Parteikrise in Rußland wird gleichwohl immer mehr zur Krise der Diktatur, der Parteidiktatur — zum Niederschlag des außerhalb der Partei tobenden Klassenkampfes. Dieser Klassenkampf wird letzten Endes das Schicksal der geschichtlich unmöglich gewordenen Diktatur besiegeln.

„Selbstkritik“ und Patschawirtschaft. „Arbeiterrechte“ in Sowjetrußland.

Charkow, 23. November. (Dt.-Expres.)

Das Charkower Gewerkschaftsblatt „Proletar“ teilt mit, daß seit Beginn der Wero der „Selbstkritik“, die bekanntlich von der Sowjetregierung gewünscht und in jeder Weise gefördert wird,

allein in der Ukraine 21 Gewerkschaftsleitungen wegen verletzter Mißbräuche, ungenügender Arbeitsleistung usw. aufgelöst

worden mußten. Dies sei aber in allen Fällen im Wege der Verfügung durch die übergeordneten Organe und in keinem einzigen Fall auf Initiative der Arbeiterchaft geschehen. Mit großem Unwillen stellt das Blatt fest, daß die Arbeiter sich immer noch scheuen, mit freier Kritik selbst ihren eigenen Gewerkschaftsorganisationen gegenüber denn den Fabriksleitungen gegenüberzutreten. Trotz des längst bekannten, von der Zentralkommission der Kommunistischen Partei erlassenen Aufrufs zur Selbstkritik bekommen man von den Arbeitern noch wie vor den Erfahrungen zu hören: wer kritisiert, der steigt aus dem Unternehmen heraus oder bekommt eine schlechter bezahlte Arbeit zugewiesen.

Aus dem Zollhaus KPD.

Wie sie Anträge stellen und was sie selbst davon halten!

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags hatte seinerzeit die Einführung einer Ruhe- und Hinterbliebenen-Versorgungskasse für die preussischen Staatsarbeiter verlangt. Ihr Antrag war schon rein technisch eine Glanzleistung. Er war wörtlich aus einer Satz des Gewerkschaftsorgans des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschrieben. Zu der Zeit, in der die Kommunisten ihren Antrag einbrachten, war außerdem die Einführung der Kasse für die preussischen Staatsarbeiter mit den zuständigen Organisationen bereits beschlossen! Aber was verschlug es: auf jeden Fall wird feste heruntergegriffen! Die Kasse ist inzwischen eingeführt, und nun gehen die Kommunisten in sogenannten Betriebszeitungen, z. B. in der im Charitékrankenhaus in Berlin erscheinenden, gegen die Ruhe- und Hinterbliebenen-Versorgungskasse auf Grund und Boden vor. Den guten Deutschen passiert das Maßwerk, etwas herum zu reifen, was kurz vorher von ihrer eigenen Landtagsfraktion gefordert worden ist; denn in dem Antrag der Kommunisten in Preussischer Landtag wurde die Preussische Regierung ersucht, eine Ruhe- und Hinterbliebenen-Versorgungskasse auf Grund der mit den Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu schaffen.

Herr Glag, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes und eifriger Putschkandidat, muß sich Gerichtsstuhl seine 12-Zimmer-Wohnung räumen. Der Hausbesitzer, der das verlangt, ist die reichssozialistische Geländeheldin, deren Exterritorialität dem russischen Herrn Glag ganz angenehm sein dürfte, solange er davon profitieren kann.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond tritt von Warschau am 28. November zu einem eintägigen Besuch Dr. Stresemanns in Berlin ein.

Auf der gestrigen Vollversammlung des Reichsrates, die unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding stattfand, wurde als wichtigster Punkt der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die Vereinheitlichung des Steuerwesens beraten.

Der Vertreter Sachsens beantragte, den Gesetzentwurf von der Tagesordnung abzulehnen. Die sächsische Regierung vertrete den Standpunkt, daß erst Klarheit über den einkünftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geschaffen werden müsse, bevor sie ihre Zustimmung zum Steuervereinfachungsgesetz geben könne.

Der Reichsfinanzminister Hilferding führte darauf aus, daß er im Namen der Reichsregierung zu diesem Punkte keine weiteren Mitteilungen machen könne. Der sächsische Vertagungsantrag wurde daraufhin abgelehnt.

Darauf gab der Vertreter Sachsens die Erklärung ab, daß sich keine Regierung genötigt sehe, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Der bayerische Gesandte v. Preger, der das Gesetz als einen großen Schritt zum Einheitsstaat bezeichnete, sprach gleichfalls die Ablehnung des Gesetzes durch die bayerische Regierung aus, die aus finanzpolitischen und auch aus verfassungsrechtlichen (!) Gründen dem Entwurf ihre Zustimmung verweigern müsse. Hierauf betonte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nochmals den Standpunkt der Reichsregierung, daß eine Verfassungsänderung nur bei dem Gebäude-Entschuldungs-Steuer-gesetz (Hauszinssteuergesetz) sowie dem Gesetz betr. Uebernahme von Beamten in den Reichsdienst vorliege. Falls der Reichsrat sich dieser Ansicht der Reichsregierung nicht an-

schließen würde, müßte die Reichsregierung in diesem Falle eine Doppelparlament an den Reichstag bringen.

Bei der Abstimmung wurden die einzelnen sechs Gesetzentwürfe getrennt behandelt. Das Grundsteuergesetz wurde im Sinne der Reichsregierung als nicht verfassungsändernd angesehen und mit einfacher Mehrheit angenommen. Auch der zweite Teil, das Gewerbesteuer-gesetz, wurde für nicht verfassungsändernd erklärt und gleichfalls angenommen.

Ueber das Gebäude-Entschuldungs-Steuer-gesetz wurde namentlich abgestimmt. Für das Gesetz stimmten 24, gegen das Gesetz 31 Mitglieder. Da die für ein verfassungsänderndes Gesetz notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht war, gilt dieses Gesetz als abgelehnt. Die Staatssekretär Popitz darauf mittelste, daß die Reichsregierung trotzdem an dem Entwurf festhalten und ihn nunmehr an den Reichstag weiterleiten. Das zweite verfassungsändernde Gesetz, das den in Folge der Vereinheitlichung notwendigen Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst regelt, wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses wurde das Gebäude-Entschuldungs-Steuer-gesetz aus dem Mantelgesetz gestrichen. Die Reichsregierung behält sich vor, dem Reichstag eine Doppel-parlament zuzuleiten, in die das gestrichene Gesetz wieder eingeführt wird.

Der verfassungsändernde Charakter des Mantelgesetzes wurde auf Wunsch der Reichsregierung verneint. Die Annahme dieses Gesetzes erfolgte mit 42 gegen 26 Stimmen; dagegen stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Bremen.

Generaloffensive des Muckertums?

Der Gotteslästerungsparagraph geht um.

Das Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg hat gegen Halensieners Komödie „Eben werden im Himmel geschlossen“ Strafanzeige erstattet. Begründung laut „Nachtausgabe“:

„Die Idee, Gott in heiligen Situationen auf die Bühne zu bringen, wird als Gotteslästerung nach § 166 des Strafgesetzbuches angesehen.“

Die Uraufführung fand am 12. Oktober in den Reinhardtischen Kammertheatern statt. Die Komödie steht seitdem Abend für Abend auf dem Spielplan, ohne daß es zu einem Skandal gekommen wäre. Von einem Protest der Kritik gegen die Aufführung hat man bisher nichts gehört. Der „Total-Anzeiger“, „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „Arens-Zeitung“ und „Germania“ fanden es zwar wenig geschmackvoll, den lieben Gott in den Rahmen einer Komödie zu stellen, von Entrüstung ist aber in den Kritiken dieser über den Verdacht einer lockeren Einstellung gewiß erhöhten Blätter nichts zu merken. Der Kritiker der „Deutschen Tageszeitung“ läßt sogar sein Entzücken über die Komödie durchblicken und weist darauf hin, daß es auch im Mittelalter gang und gebe war, Gott vernunftlos in Schwänzen auftreten zu lassen.

Warum also der plötzliche Vorstoß des Konsistoriums? Es wäre eine Verleumdung, anzunehmen, daß es anderhalb Monate hindurch die angebliche Gotteslästerung verschloßen hat. Der Grund ist einfach. In Weimar hat die evangelische Geistlichkeit gegen eine Aufführung der Komödie protestiert. Das Konsistorium der

Mark Brandenburg glaubte daraufhin — anderhalb Monate nach der Uraufführung — gleichfalls Anstoß nehmen zu müssen.

Der Erfolg der Strafanzeige kann nicht zweifelhaft sein. Kein unvorsichtiger Sachverständiger wird bestreiten können, daß in der Halensienerschen Komödie der Paragraph der Gotteslästerung gegeben ist.

Man könnte den Schuldigen streicheln, wenn man sich in letzter Zeit der Geist niedrigsten Muckertums nicht auch anderwärts wieder regte. So tobt die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Rundfunkaufführung des Hörspiels „Der Mann, den Gott schlug“ von Franz Rothenfelder, nicht wegen des Inhalts des Stückes, sondern — wegen der Persönlichkeit des Autors, die dem Karrierestück nicht paßt! In Düsseldorf hat sich der protestantische und der katholische Klerus zu Rundgebungen „gegen die falsche Behandlung ernstlicher Probleme auf den Theatern“ (!) vereint.

Derartige Rundgebungen tragen den Stempel westlichen Unverständnis deutlich auf der Stirn. Ihnen gegenüber muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß in einem demokratischen Staatswesen die Auswahl der Theaterstücke und der Lectüre dem Urteil jedes einzelnen zu überlassen ist. Eine Diktatur des Klerus gibt es nicht, und Versuche des Klerus, sich eine solche anzumachen, müßten mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden, von welcher Seite sie auch immer kommen. Nicht nur der Fall Husmann hat bewiesen, daß Muckertum und Babeltrugchen kein geeigneter Boden für gesundes Menschentum sind.

Aufgedeckte Unregelmäßigkeiten. Der Direktor des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten seines Amtes enthoben.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem Preussischen Ministerium des Innern geschrieben:

Nur kurzem erhielt der preussische Minister des Innern als Aufsichtsbehörde des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten Mitteilungen darüber, daß der Verbandsdirektor sonnenwädrige und den Zwecken des Verbandes völlig zuniderlaufende Geschäfte größeren Umfangs mit verschiedenen Berliner wie auswärtigen Privatbanken und sonstigen Firmen abgeschlossen habe.

Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Mitteilungen, wobei weiter festgestellt wurde, daß die fraglichen eigenmächtigen Geschäfte in den Büchern und Akten des Verbandes überhaupt nicht in Erscheinung treten. Gegen den bisherigen Verbandsdirektor hat der Minister des Innern auf Antrag des Vorsitzenden des Verbandsauschusses das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet, nachdem dem Verbandsdirektor schon vorher vom Minister des Innern die Ausübung seines Amtes vorläufig untersagt worden war. Die Leitung des Verbandes hat der Minister dem Regierungsrat Lapowski aus dem Ministerium des Innern als kommissarischen Verbandsdirektor übertragen.

Durch das Eingreifen des preussischen Ministers des Innern konnte der Abschluß eines von dem bisherigen Verbandsdirektor gerade angebahnten weiteren Geschäftes über ein Objekt von mehr als zehn Millionen Mark noch rechtzeitig verhindert werden. Inwiefern aus den bisherigen Geschäften, die sich insgesamt auf mehrere Millionen Mark belaufen, eine Rechtsverbindlichkeit des Verbandes entstanden ist, und mit welchen Verlusten gegebenenfalls gerechnet werden muß, steht noch nicht völlig fest und wird zurzeit durch einen von einer außerordentlichen Verbandsversammlung eingesetzten Sonderausschuß des Verbandes geprüft.

Tagung der Volkspartei. Stresemann wieder zum Parteivorstand gewählt.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern nachmittags unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches in dem früheren Bundesratslokal des Reichstags zu einer Sitzung zusammen. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzungsleiters, Dr. Schulz, wählte der Zentralvorstand durch

Zurück einstimmig Dr. Stresemann wieder zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes und damit der Partei.

Schwerindustrielle Opposition.

Gegen die Zustimmung der Reichstagsfraktion der Volkspartei zu der Entschädigung des Reichstags durch die Ausfertigung der Ausgesparten im Ruhrgebiet regt sich in den schwerindustriellen Kreisen der Volkspartei heftige Opposition. Man liest im „Sonntags-Blatt Kurier“, der dem Reich-Kongress nahesteht:

„Es ließe den Kopf in den Sand stecken, wollte man verkennen, daß in der postparteilichen Wählerchaft über die unklare innerpolitische Haltung der Partei, wie sie in der Frage der Reichsbeteiligung für die Ausgesparten besonders stark in Erscheinung trat, erge die Zustimmung herrscht. Noch immer ist es nicht geklärt, wie die postparteiliche Reichstagsfraktion einem Kompromiß ihre Zustimmung geben konnte, von dem sie tags zuvor noch behauptete, daß es unannehmbar wäre. Es ist doch unmöglich, daß die Fraktionen über die Partei hinweg Beschlüsse fassen, deren Folgen später die ganze Partei treffen müßten. Gerade angesichts der weittragenden Bedeutung des Eisenstoffes ist eine solche Parteilichkeit unverständlich und erregt den Eindruck, als ob man sich der Tragweite des Beschlusses gar nicht bewußt gewesen wäre.“

Die deutsch-nationale Presse treibt diese schwerindustrielle Opposition an. Die „Deutsche Zeitung“ greift den Wirtschaftsminister Dr. Curtius an, der, wie sie schreibt, „seine Vertrauens mit dem in solcher Weise verwesteten Amt und auch, genau wie ein Großteil seiner sonstigen Fraktionskollegen, sein Reichstagsmandat, nicht zuletzt dem Vertrauen eben jener Industrieller verdankt, gegen die er und seine Fraktion jetzt den Gewerkschaftskampf finanzieren helfen!“

Das moderne Afghanistan. Flugbomben auf die Antimodernisten.

New Delhi, 23. November.

Nach den letzten Nachrichten aus dem östlichen Afghanistan ist der Stamm der Sanguchi, der einen Teil des Shinwari-Stammes bildet, in die antichinesische Bewegung verwickelt. Die Regierung in Kabul hat jetzt den Bestand einiger Stämme erhalten, die ihr freundlich gesinnt sind. Es werden energische Schritte unternommen, um die Bewegung zu unterdrücken. Die eingeborenen feindlichen Streitkräfte und ihre Führer wurden von Flugzeugen mit Bomben beworfen, was auf die Angehörigen der aufständischen Stämme einschüchternd gewirkt hat.

Das Schicksal einer Weltstadt.

Berlins Wohnungsbauproblem. — Verträge von Wagner und Gropius.

Bei einem Empfangsabend des Bundes deutscher Architekten sprach Stadtbaurat Dr. E. Martin Wagner über Berliner Wohnungsbauprobleme und Prof. Walter Gropius über den Berliner Wohnungsbau.

Dr.-Ing. Wagner setzte seinem Vortrage die Erkenntnis voraus, daß die heutige Wohnungsnot nur durch ein langjähriges finanziell gesichertes Wohnungsbauprogramm bekämpft werden könne. Nach dem vom Berliner Amt für Stadtplanung festgestellten Beförderungsplan kann Berlin um 1930 etwa 10 Millionen Einwohner zählen. Man rechnet damit, daß dieser Bevölkerungszuwachs mit 40 Proz. in fünfstöckigen, mit 17 Proz. in vierstöckigen, mit 16 Proz. in dreistöckigen und mit 27 Proz. in zweistöckigen Häusern untergebracht sein wird. Der Wohnungsbau Berlins wächst in das flache Land hinaus und damit erfüllt sich

das Schicksal einer Weltstadt.

Wie mit dem Schicksal und den Kulturaufgaben anderer Weltstädte nicht verglichen werden kann. Die neue Weltstadt muß aufgelockert sein, muß Licht und Luft haben, sie muß Stadt und Land in sich vereinigen. Heute aber baut Berlin noch nach gänzlich veralteten Landes- und Ortsgesetzen eine vielköpfige Mietshausstadt auf. Flachbedeckungen größeren Stils sind seit der Vollendung der Großsiedlungen der Gehag in Brigg und Zehlendorf nicht mehr gebaut worden. Die Umstellung vom Hochbau zum Flachbau bedarf jahrelanger Vorbereitungen. Entweder werden diese Vorbereitungen getroffen, oder aber die Grundgesetze der Entwicklung Berlins müssen durch einen neuen Bauzonenplan geregelt werden.

Normalisierung und Typisierung

der Wohnungen verbilligen den Wohnungsbau, senken den Mietzins. Ungeheuerlich groß erscheinen die Vorteile, die die Großsiedlung für die moderne Ausstattung der Wohnung mit Wohnungsergänzungen, wie Kindergärten, Kinderrippen, Kinderspielplätze, zentrale Warmwassererwärmung, zentrale Radioanlagen, zentrale Wäschereien, Sonnenbäder, Gelasse für Fahrräder, Motorräder und Autos bietet. Leider aber werden diese Vorteile heute nicht ausgenutzt, sogar in den Kreisen der Fachleute, die um ihre Stellung besorgt sind, entstehen diesem Gedanken Gegner. Dabei verlangt eine rationalisierte Produktion viel mehr Kopfarbeit als das heutige primitive Häuserbauen.

Stadtbaurat Wagner wandte sich sehr energisch gegen die Kleinwohnung, man könne es nicht verantworten, zu den 410000 Kleinwohnungen von Stube und Küche, die Berlin heute schon besitzt, noch weitere 114000 solcher Kleinwohnungen hinzuzufügen, wie sie heute auf Grund der Nachfrage verlangt werden.

Der soziale und wirtschaftliche Aufstieg des Berliner Arbeiters

werde schon in zehn Jahren es unverständlich erscheinen lassen, daß man solche Wohnungen baut. Das Bedürfnis nach Kleinwohnungen müßte aus den mehr als hunderttausend Beständen an Mietwohnungen befriedigt werden. Das könne durch innere Umsiedlungen geschehen. Die Wohnungspolitik, die wir heute treiben, legt sich in gewisser Weise um, die drei Generationen überdauern werden. Solch ein Politik aber vertritt es nicht, auf der Grundlage von Tagesverhältnissen aufzubauen zu werden. Sehr ironisch kennzeichnete Stadtbaurat Wagner die Unvernunft der vortriegsfähigen Bauveränderung. Das Bauen an fertigestellbaren Straßenseiten vor der Gesamtkosten um etwa 5 Proz., aber wenn man von dieser Ersparnis wollen ganz unverständliche Bauwerke bestehen lassen, dann handelt man wie jemand, der sich für den Krieg einen Schmittmullerbogen kaufte und sich jetzt danach einen Anzug fertigen lassen wollte. Am Schluß seiner Ausführungen zeigte sich der Vortragende mit den zahllosen Instanzen auseinander, die über die Genehmigung eines Bauprojektes zu ent-

scheiden haben. Er habe früher die Hoffnung gehabt, daß man dagegen etwas tun könne. Jetzt, wo er selbst Beamter sei, müsse er diese Hoffnung aufgeben, der Wohlstand im Baugewerbe würde wohl auf lange Zeit hinaus noch bestehen.

Instanzen und nicht verzweifeln!

Dr. Wagner forderte eine strikte Konzentration, auch bei den Behörden müßte eine Zentralstelle vorhanden sein, der man im Interesse des Ganzen auch in einer demokratischen Republik gewisse diktatorische Machtbefugnisse zubilligen könnte. Er schloß seinen Vortrag, indem er erklärte, daß Wohnungsreform auch Verwaltungsreform sei.

Auch Prof. Gropius ging bei seinem Vortrage davon aus, daß Städtebau Arbeit im Hinblick auf die Zukunft sei. Die Herstellungskosten einer Berliner Durchschnittswohnung sind gegenüber den Friedenspreisen auf etwa 180 Proz., die Bauvergütung auf 200 bis 250 Proz. gestiegen, so daß eine solche Wohnung, die ohne öffentliche Beihilfe finanziert wird, das Drei- bis Dreieinhalbfache der Friedensmiete kostet. Löhne und Gehälter aber haben noch nicht das Doppelte der Friedenshöhe erreicht. Daher sind

auch die mit Hauszinsverlusten gebauten Wohnungen noch zu teuer.

Das wirtschaftliche Grundproblem des Wohnungsbaues ist so zu einem finanzpolitischen Problem geworden. Nur der Organisator und der Techniker, die die Aufgabe haben, die Geldentwertung zum Teil durch erhöhte Leistung wettzumachen, können den Weg zur Lösung zeigen. Das kann geschehen durch Einföhrung wirtschaftlicher Bauprozessen mit Hilfe der neuen technischen und wissenschaftlichen Mittel und Zusammenlegung von Bauvorhaben zu Großsiedlungen und durch sorgfältige Arbeitsvorbereitung vor und während des Baues mit dem Ziel, eine wirtschaftliche Betriebsform einzuführen, die durch Ausschaltung von Leerläufen möglich wird, und durch planmäßige und eine einheitliche Lösung der städtebaulichen und sozialen Fragen unter Einbeziehung von Zwischenstufen für die Uebergangszeit, die aber die zukünftigen Verhältnisse nicht verbauen dürfen. Jede Berliner Bauordnung habe die vorherige bisher in sozialer Hinsicht überboten, aber auch die letzte trägt noch zu sehr das Zeichen eines aktuellen Kampfes zwischen Spekulation und Obrigkeit statt einer weit in die Zukunft weisenden Zentralidee. Im Gegensatz zu Baurat Dr. Wagner dürfte man nicht die Frage stellen: Hochbau oder Flachbau, sondern

Hochbau und Flachbau.

Wir müssen dem Flachhaus, wo es angebracht ist, die raffiniertesten Mittel der Technik zur Vereinfachung seiner Bewirtschaftung vermittelnd, aber an das Hochhaus durch Sicherung weiterer Hausabstände und durch Bepflanzung der Dächer, und Terrassen, Gärten und Spielplätze unmittelbar heranzubringen, so daß das Erlebnis der grünen Natur ein tägliches und nicht nur ein Sonntagserlebnis würde. Die Grundämie für eine Abänderung der Bauordnung in diesem Sinne fordert: gleichen Lichteinfallswinkel für alle Bauhöhen, keine Festlegung der Bebauungshöhen, sondern nur der Ausnutzungsziffern und Einsetzen einer Städtebaukommission, die unter Vorsitz des Stadtbaurats von Berlin die Durchführung im Sinne eines einheitlichen Stadtbildes überwacht. Prof. Gropius ist nicht der Ansicht, daß die heute gebauten Kleinwohnungen einmal überflüssig sein werden, sie kämen später für zahlungsstarke Jungverheiratete, für alleinlebende Mütter mit Kindern und für ledige Personen, deren Bedürfnisse heute überhaupt nicht erfüllt werden, in Frage. Prof. Gropius forderte ebenfalls ein auf Jahre ausgedehntes Bauprogramm. Nur dann lasse sich ein planmäßiges Arbeiten, das die sozialen Forderungen der Bevölkerung berücksichtigt, ermöglichen.

Die Bauausstellung.

Der Magistrat stimmt dem neuen Vertrag zu.

Der Berliner Magistrat hat dem neuen Vertragsentwurf für die Durchführung der Deutschen Bauausstellung zwischen der Stadt Berlin und dem Verein „Bauausstellung“ zugestimmt. Durch diesen Vertrag tritt der Verein „Bauausstellung“ seine Rechte aus seinem bisherigen Vertrag mit der Stadt Berlin an die gemeinnützige Berliner Messe, Ausstellungs- und Fremdenverkehrs-GmbH. ab. Für diese Gesellschaft, der die Geschäftsführung der deutschen Bauausstellung nunmehr obliegt, übernimmt die Stadt weiter die Bürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 5 Mill. Mark. Die Gesellschaft verpflichtet sich jedoch, spätestens sechs Monate nach der Eröffnung der Bauausstellung zur Rückzahlung dieser 5 Mill. Mark. Im Zusammenhang mit der Durchführung der Bauausstellung hat der Magistrat weiter die Ausgestaltung des sogenannten Zwischenfeldes nach einem neuen Entwurf des Stadtbaurats Dr. Wagner und Prof. Boelzig beschlossen. Die hierzu erforderlichen Kosten in Höhe von 8 1/2 Mill. Mark werden je zur Hälfte durch den Haushalt der Jahre 1929 und 1930 bereitgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich bereits in ihrer nächsten Sitzung mit der Vorlage beschäftigen. Einzelheiten über das der Vorlage beigelegte ausgearbeitete Programm der Ausstellung werden in Kürze mitgeteilt werden.

Die gefälschten Statuen.

Berliner Museen nicht geschädigt.

In den Meldungen aus Mailand über die Aufdeckung von Fälschungen antiker griechischer und florentiner Kunstwerke wird mitgeteilt, daß in Berliner staatlichen Sammlungen derartige Fälschungen nicht angekauft worden sind.

Die Fälschungen sind bereits vor etwa drei Jahren von den Sachverständigen erkannt worden. Was die dem Meister Giovanni Pisano zugeschriebene florentinische Holzstatue der „Madonna mit dem Kinde“ betrifft, die in doppelter Ausfertigung an die Museen von Cleveland und Berlin verkauft worden sein soll, so ist diese Statue, die ein sehr schönes und interessantes Kunstwerk darstellt, tatsächlich vor Jahren von einem bekannten Berliner Kunsthändler, der sie als echt erworben hatte, dem Kaiser-Friedrich-Museum angeboten worden. Das Museum lehnte jedoch den Kauf des Kunstwertes ab, das ursprünglich von zahlreichen Kennern und Kunstliebhabern als echt angesehen wurde. Die Statue, deren Echtheit damals dann umstritten blieb, blieb noch eine Weile auf dem Berliner Kunstmarkt, verschwand dann aber plötzlich, so daß der jetzige Besitzer nicht mehr festzustellen ist. Die Fälschungen wurden seinerzeit durch die Kunstgelehrten, die sich bereits auf ihrem im Jahre 1926 in Zürich stattgefundenen Kongreß mit der Angelegenheit der florentinischen Fälschungen beschäftigte, durch einen ganz eigenartigen Umstand aufgedeckt. Man entdeckte nämlich, daß gewisse Statuen, bei denen man einen Verdacht hegte, mit Figuren eines Gemäldes des Meisters Simone Martini Ähnlichkeit hatten, das in dem Florentiner Museum hängt. Auch bei anderen angeblich florentinischen Holzbildwerken, die alle aus der gleichen Fälscherwerkstatt stammten, bemerkte man dann, daß auch sie Kopien von Gemäldefiguren bekannter florentinischer Meister darstellten. Die Fälschungen waren sehr geschickt gemacht, obwohl doch sichtlich einige Schwächen in den Fälschern zum Vorschein wurden, die man jetzt angeblich auch in Italien als solche erkannt hat. In Italien lehren sich nämlich zahlreiche Kunstgelehrte in wissenschaftlichen Veröffentlichungen für die Echtheit dieser Holzplastiken ein. In der Zwischenzeit haben bereits verschiedene amerikanische Museen, die getäuscht worden waren, die Werke zurückergeben und große Prozesse wegen der Kaufsummen geführt. An der Aufdeckung dieser Fälschungen, die bereits vor Jahren für die Berliner Kunstgelehrten feststanden, hat besonders der frühere Mitarbeiter Geheimrat Bodes, Dr. Vossentiner, der jetzt das Mu-

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brunn.

Copyright 1927 by J. M. Spoth Verlag, Berlin.

Danach schwiog er den ganzen Tag. Wir fuhren über Erfurt, aber es war Nacht. Wir fuhren die südliche Straße, da war ich froh, denn nie und nimmer konnte ich Lisa hier begegnen. Am dritten Tag waren wir schon in Polen.

In Polen gibt es einen Bahnhof, wo wir für einige Stunden anhalten und den Zug verlassen dürfen. Neben der Station steht ein Kramladen, eine Jüdin mit billigen Ohrringen an den gepuderten Backen verkauft dort Butter und die Soldaten. Eisenholz nimmt den Trinkbecher mit und es schöpft heimlich aus dem Zuckersack. Andere folgen seinem Beispiel, holen auch billigen Zucker. Eine Viertelstunde später sehe ich die Hyäne gegenüber auf einer Holzveranda sitzen und mit Damen Kaffee trinken, eine Zigarre in der Hand, die über die Brustung hängt. Sein Stottern fällt den Damen nicht auf, seine Lachen sind voll Zucker.

In dem mageren Getreide vorm Haus sitzen dreißig Soldaten und verrichten ihr Bedürfnis, den Blick auf kleine Wohnblüten oder auf die Hyäne gerichtet. Hinterm Kornfeld steigt ein Mann vom Kirschbaum. Es ist Albering. Er lehrt mit mir zum Zuge zurück und sagt: „Hier sind die Kirschchen wie Essig sauer, man muß sie in Kunsthonig beerdigen.“

Ich dachte: Auch die Krambude des Juden mit der blaffen und fetten Tochter, auch das verdrehte Getreide am Bahnkörper, auch der Kirschbaum mit seinen armseligen paar Früchten, auch das Land, und wie es sich flach und baumlos hinausstreckt bis an den Horizont — es ist mein Land.

Es könnte nicht ärmer sein. Es könnte nicht mehr geliebt werden als durch mich.

Am vierten Tag waren wir schon in Wolhynien und sahen links und rechts vom Bahnkörper die flachen Wiesen der Burgniederung sich ausbreiten, wo hier und da der weisse Roggenriederle schlug. Am Abend dieses Tages rollte der Zug über die rote Bugbrücke, und nun umgab uns wieder die ungeheure grüne Ebene, die sich in Nacht ver-

grab. Ein Käfer versagte sich ins Abteil, die Pfeife der Maschine schrie auf — und ich sah und dachte an meinen lieben Freund, der irgendwo in dieser grünen Ebene, durch die der Zug sich hinrollt, sein Grab hat. Ich dachte an seine leichtsinnigen Patrouillen gegen den Feind, von denen man mir erzählt hatte, und hätte sein mögen wie er. Sein Tod war eine klare Sache: er ging mit der brennenden Zigarette am Stachelstraß spazieren, schlank wie ein Gott, ein erhebendes, sich selbst total vergessendes Wesen der Erde. Eine Kugel zerstückte seinen Kopf, dessen Schläfen und Stirn ich in manchen Stunden angesehen hatte. Wie war es nur möglich, das Leben so unwichtig zu nehmen? — Es ist mir rätselhaft, aber ich bewundere diesen Tod beim Spaziergang vor den Linien. In diesen Gedanken schlief ich ein.

Nachts rangierte unser Zug stundenlang auf einem großen Bahnhof. Es mußte Kowel sein, wir standen nicht auf, denn wir fühlten, daß wir bald das Abteil würden verlassen müssen und bedauerten es. Sahen wir doch wieder die beunruhigenden Gestalten unserer Vorgesetzten vor uns aufwachen und den ewigen Befehl ausstoßen: Marsch! Russland war groß, und wir würden wohl nie an sein Ende gelangen. Wieder fielen wir in Schlaf, und der Zug rollte. Es war schon Morgen, als er auf einer kleinen Station hielt. Der Himmel war trübe, und ein feiner kalter Regen stob. Ueberall klang der Ruf der Unteroffiziere: Aussteigen!

Wir waren bereit, kletterten mit unseren Sachen aus den Türen und sammelten uns unweit des Stationsgebäudes neben einem nassen Kornfeld, wo schnell Zelte gebaut und weitere Befehle abgewartet wurden. Leutnant Brause ging zur Station, die Feldküche gab Reis aus, und wir zogen uns mit den dampfenden Geschirren in die langen Zelte zurück, die nach der regenabgewandten Seite offen gelassen waren, so daß wir den Verkehr am Bahnhof beobachten konnten. Zur Rechten lagen die Zeltreihen der andern Kompanien wie lange gelbe Sanddünen. Dort standen andere Feldküchen, die ebenfalls Reis ausgaben und einen kleinen schwarzen Rauch auf die entfernten Felder wehen ließen. Geradeaus am Bahnhof lud man Pferde aus, Mohr, Berta und alle die andern, Gruppen von Offizieren standen herum. Näher zu uns her unter einer windzerfurchten Birke bewegten sich geflüchtete Bauern um ein abgetriebenes Gespann. Bei ihnen war eine schwangere Frau, die stundenlang die Birke nicht verließ, und der der Wind das offene schwarze Haar über die Schultern zerrie und durchkäufte. Einige von uns erkannten unter den Offizieren einen Prinzen. Es war ein

sehr junger Mensch, kaum sechzehn Jahre, von überschlanter Gestalt, die dünnen Beine in Zeuggamaschen gewickelt. Er bewegte sich schlendernd über einen Laustrost zu den Flüchtlingen hin, wo wir ihn einen Kugelhieb genau sehen konnten. Ein österreichischer Soldat, der, eine durchkäufte Decke überm Kopf, vor unserm Zelt stand und mit Lurtjedam und Hahn plauderte, lächelte uns übers anderemal, indem er über die Schulter zum Prinzen hinwinkerte: „Mir ham a no dera Sortn.“

Pferdebegräbnis.

In der Nacht fiel Regen. Ich erwachte, vom Ungeziefer gequält, ging ans Fenster und stand einem verbogenen Mond gegenüber, der die weißen Rauchwolken der Brandstätte zerteilte, wie das Messer eines Schlächters Därme zertrennt.

Morgens aber beim Anreten vor verregneten Blumenzäunen wärmt die Sonne unsere Rücken. Noch mehr! — wir haben „wieder mal Schwein gehabt“: die 4. Kompanie ist zum Wegebau kommandiert. Während im Osten dumper Geschüßdonner rumort, werden wir mit Spaten ausgerüstet und sodann neben der Turister Landstraße in langen Abständen aufgestellt. Die Straße führt von der Station über eine baumlose Ebene ostwärts zur Front und weiter über Kiesel in nach Luz. Durch die starken Regengüsse ist sie zu Schlamm aufgeweicht, von den fahrenden Kolonnen zerschritten und nach Bedarf verbreitert worden. Sie ist eine Schienenbahn von 100 Meter Breite, die wir mit unserm Stiefeln durchwaten, und über deren schadhafte Stellen wir uns verunreinigen, bis die Unteroffiziere uns an dem Ort, wo wir gerade stehen, zur Arbeit antreiben.

Unweit der Station liegt mitten in der Straße ein totes Pferd. Albering, Hahn und ich erhalten den Auftrag, den Kadaver zu beseitigen.

Es ist ein Koppe mit einer weißen Bläh, wir umfassen ihn und merken, daß er bereits stinkt. Er mag schon tagelang hier liegen, tiefe Kolonnen Spuren laufen links und rechts an ihm vorbei, so daß er auf einer länglichen Insel ausgefressen zu sein scheint, die die Form einer Spindel hat. Die Haltung, in der er verendet ist, drückt eine starke Unruhe aus — man hat das Gefühl, daß er demnächst wieder zu empörten Leben erwachen wird. Die Beine sind trampfartig ausgefressen, nur der Fuß des einen Vorderbeines macht einen Knick und kreuzt das andere. Der Leib ist geschwellen und auch die Zunge, die grünlich aus dem Maul heraushängt, und auf deren Spitze sich blutige Flecken befinden. (Fortsetzung folgt.)

Sturm auf dem Atlantik.

Deutscher Dampfer gesunken — 19 Mann gerettet!

London, 23. November.

Wie gemeldet wird, herrscht im Atlantischen Ozean furchtbare Sturm. Die Anchor Line hat vom Dampfer „Transylvania“, der letzten Montag nach New York abgefahren ist, Nachricht erhalten, daß er dem deutschen Frachtdampfer „Herrenwiel“ (2514 Tonnen), der Lübeck A.-G. zu Hilfe gerufen ist. Die erste Kabelmeldung, die von gestern nachmittags 3.20 Uhr datiert ist, besagt: 54 Grad 33 Minuten Nord, 25 Grad 58 Minuten West, begeben uns zur Hilfe des Dampfers „Herrenwiel“, 54 Grad 30 Minuten Nord, 24 Grad West, das ist 60 Meilen östlich von uns. Westwindsturm, schwere See. Das zweite Kabel war von gestern abend 7.20 Uhr datiert und lautet: Stehen der „Herrenwiel“ bei, die im Sinken begriffen ist, 54 Grad 32 Minuten Nord, 25 Grad West; schwerer Weststurm.

Das Liverpooler Bureau der White Star Line meldet, daß es Mitteilung vom Kapitän des Dampfers „Regina“ erhalten hat, daß er ebenfalls zur Rettung des deutschen Dampfers „Herrenwiel“ 700 bis 800 Meilen westlich der irischen Küste gerufen ist. An Bord der „Regina“ befindet sich der britische Konsulminister Chamberlain auf der Heimreise nach England. Eine heute in Queenstown vom Dampfer „Transylvania“ eingegangene spätere Meldung besagt: Schwere Weststürme, vorläufig unmöglich, Rettungsboote auszusuchen.

Der dänische Dampfer „Estoni“ sandte heute vormittag eine

Meldung, wonach er gestern abend sechs Mann der Besatzung des deutschen Dampfers „Herrenwiel“ gerettet hat, jedoch zunehmende Winde und Dunkelheit weitere Rettungsarbeiten unmöglich gemacht haben. Letzten Blättermeldungen zufolge hat der dänische Dampfer neunzehn Mann der deutschen Besatzung gerettet und sucht weiterhin die Wrackstücke ab.

Orkan über England.

London, 23. November.

Ganz England wurde heute von einem furchtbaren Sturm heimgesucht. Aus allen Teilen des Landes werden heftige Regengüsse und stürmische Winde gemeldet. Zahlreiche Telephondrähte sind niedergerissen worden, und die Telephonverbindungen erleiden beträchtliche Verzögerungen. Im Kanal herrscht hohe See, und viele Dampfer haben sich zum Schutz in die Häfen begeben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Gewalt des Sturmes noch zunehmen wird. Es wird berichtet, daß der Wind fast orkanartige Schnelligkeit erreicht hat. Die Rettungsboote von Deal und Ramsgate sowie eine Anzahl schneller Motorboote wurden heute in größter Eile abgefahren, um einer Flotte von Heringsdampfern zu Hilfe zu eilen, die vom plötzlichen Sturm überrascht waren und dringende Signale gaben. Es gelang, die Heringsflotte mit ihrer Besatzung einzubringen. Wegen des im Kanal herrschenden Sturmes wurde der gesamte Schiffsdienst zwischen Ostende und Dover eingestellt.

Die Doppelsehe.

Wider Willen zweimal zur Heirat gezwungen.

Auf seine eigene Anzeige hin hatte sich der Maler Max K. wegen Bigamie vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Auf eigenartige Weise war der Angeklagte nach seiner eigenen Schilderung wider seinen Willen zweimal in das Ehejoch gezwungen worden. Das erstemal heiratete er als Feldsoldat 1917. Als er seinen Hauptmann um Urlaub für die Kriegstraue bat, soll dieser ihm gedroht haben, ihn in den Kasten zu sperren, falls er wieder einen erkrankten Urlaub nachgefordert hätte. In der Heimat fand er die Zustände nicht so, wie er sie sich gewünscht hatte. Seine Braut hatte inzwischen ein Kind bekommen, dessen Vater er nicht sein konnte und wollte. Trotzdem heiratete er aus Angst vor den Drohungen des Hauptmanns. Nachdem er 14 Tage Fieberwachen verlebt hatte, zog er wieder ins Feld und kümmerte sich nicht mehr um seine junge Frau. Es vergingen Jahre um Jahre, und klar machte wiederholt Bekanntheit mit dem Gefängnis. Nach seiner letzten Freilassung fand er bei einem Schuhmachermeister Aufnahme und trat mit dessen Tochter in nähere Beziehungen, die nicht ohne Folgen waren. Der Schuhmachermeister drohte, ihn vor die Türe zu setzen, wenn er seine Tochter nicht heiratete. „Ehe ich mich rauschmeißen lasse, heirate ich lieber“, logte Max kurz entschlossen. Diese neue Ehe behagte ihm bald so wenig, daß er lieber ins Gefängnis gehen wollte, als sich noch länger in die Ehebande zwingen zu lassen. Er bezichtigte sich daher selbst der Doppelsehe. Das Schöffengericht verurteilte Max zu sechs Monaten Gefängnis.

Eine längere Verkehrshörung entstand gestern abend auf der Hochbahnstraße Gleisdreieck—Waldauer Straße. Ursache der Störung war ein Isolatorenbrand am Schließstein Tor.

Für die Teilnehmer an den Ferienreisen des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit findet heute abend, 8 Uhr, in der Wandelhalle des Preussischen Landtags, Prinz-Albrecht-Straße, erstmalig eine gemeinsame Zusammenkunft statt. Als Darbietungen sind vorgesehen: Lichtbildervortrag von Dr. Biese über Wälder aus den Alpen, Volks- und Natursieder, Musik, im Anschluß gesellschaftliches Beisammensein. Die Genossen und Genossinnen mit ihren Angehörigen sind herzlich eingeladen.

Eine Schubert-Gedenkfeier veranstaltete am Dienstag abend das Volkshilfsamt Charlottenburg im Konzenal der Hochschule für Musik. Das Berliner Sinfonie-Orchester brachte zwei Jugendwerke zu Gehör, die der Währige Schubert im Jahre 1817 komponiert hat: Die Overtüre in D-Dur, eine bewusste Nachahmung des italienischen Stils und die 6. Sinfonie in C-Dur. Beide Werke wurden unter der Leitung von Generalmusikdirektor R. Runow lebendig und schwingvoll dargestellt. Die großartige künstlerische Linienführung der Overtüre, des Allegro und Scherzo wie des Lieblichkeits des Andante waren trefflich ausgeführt. Zwischen diesen beiden Orchesterdarbietungen sang der Charlottenburger Lehrerverein Lieder und mit bemerkenswerter Beherrschung aller Schattierungen und Ausdrucksmöglichkeiten einige romanische Chöre, wie „Nachtgesang im Walde“, „Waldschrein“, „Die Nacht“, „Lob der Einsamkeit“. Ein Höhepunkt war die Darbietung des genialen „Belangs der Geister über den Wassern“, die als Beweis für die zielbewusste, künstlerische Arbeit des Dirigenten Theodor Jakob gelten darf.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstaltete am Sonntag, dem 25. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Saale des Demokratischen Klubhauses, Viktorienstraße 24, eine Reichstagsferenz. Reichstagspräsident Löbe wird die Eröffnungssprache halten, Ministerialdirektor Dr. Brecht-Berlin wird über den Stand der Arbeiten zur Reichsreform berichten, Oberbürgermeister Dr. Luppe-Berlin wird über Wahlrecht und Parlamentarismus sprechen und Ministerialdirektor Dr. Spieder wird über unsere Forderungen an den heutigen Staat sprechen.

Totengedenkfeier der Berliner Kriegssopfer. Wie alljährlich, so eht auch in diesem Jahre der Reichsbund der Kriegssopfer am Totenfest das Andenken der im Felde gestorbenen und in der Heimat verstorbenen Opfer des Krieges in würdiger Weise. An den Grübern der deutschen und namentlich Berliner auf dem Garnisonfriedhof in der Döberstraße sprechen am Sonntag Landtagsabgeordneter Erich Antner und der Gauvorsitzende des Reichsbundes, Paul Ober, an den Grübern der ausländischen Kameraden der Gauleiter Rende. Sammelplatz der Teilnehmer ist der Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147 (Nähe Reichsberger Tor). Abmarsch von dort mit Transermusik pünktlich mittags 12 Uhr.

Der Berliner Liederkreis-Chor veranstaltet Sonntag, 25. November, ein Konzert im Saalbau Friedrichshagen. Mitwirkende: Otto Friebe (Orgel) Arthur Lief (Horn). Beginn 7 Uhr.

Begleitungsunterricht Groß-Berlin. Karten für besseren Abend der „Kameralisten“ am Dienstag, dem 27. November, abend 7 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Goldenheide, sind zum Preise von 60 Hg. bei allen Bildungs-funktionären der Kreise und Abteilungen, in den Bezirksabteilungen, in der Buchhandlung Bornhöft, Lindenstr. 2, bei Doris Engelauer 24—25 und im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 11, Zimmer 8, zu haben. Karten für die Sternmarke (Sprengel, Bortman, Rilm, Fernrohr usw.) sind zu bedeutend ermäßigten Preisen in unserem Bureau zu haben.

Jaum in Detroit in Amerika leitet, ein großes Verdienst. Die Fälscher hatten nämlich über die angebliche Auffindung der Florentiner Statuen eine sehr romantische Geschichte gesponnen, und zwar behauptet worden, daß durch Zufall eine in Folge des Krieges zerstörte Kapelle bei Siena, die vollkommen verschüttet war, wieder aufgedeckt und dort die unverfälschten Kunstwerke der Florentinischen Meister gefunden worden seien. Es wurden sogar Photographien von den mit Wandgemälden geschmückten, zum Teil zerstörten Wänden der Kapelle gezeigt. Erst als dann die deutschen Interessenten auch einmal die wunderbare Kapelle, als den Fundort der Kostbarkeiten, sehen wollten, griffen die Italiener zu immer neuen Ausflüchten, so daß man schließlich in dem Verdacht befangen wurde, daß diese Kapelle nur in der Einbildung der geschäftstüchtigen Fälscher stand, die besonders zur Täuschung der Amerikaner diese seltsame Erzählung erfunden hatten.

Die pfingstliche Unglücksfahrt.

Aus Fahrlässigkeit die eigene Frau getötet.

Ein schwergeprüfter Mann stand vor einer der Berufungskammern in Moabit. Als der Schneidermeister I. am Pfingstsonntag auf seinem eben erst erworbenen 750-Rubizentimeter-Motorrad mit seiner Frau unterwegs zu deren Eltern war, verlor er plötzlich beim Abbiegen vom Kunstweg auf den Sommerweg die Gewalt über die Steuerung und prallte mit ganzer Wucht der 50-Kilometer-Geschwindigkeit an einen Baum. Er wurde in das Kornfeld geworfen, seine Frau blieb mit gebrochenem Schädel tot liegen. Das Gericht erster Instanz verurteilte den unglücklichen Ehemann wegen fahrlässiger Tötung seiner Frau zu einem Monat Gefängnis.

Diese Strafe konnte der Schneidermeister nicht verwinden. „Ich komme nicht darüber hinweg“, sagte er vor der Berufungskammer, „daß jemand sagen könnte, ich wäre vorbestraft — vorbestraft wegen der Schuld am Tode meiner eigenen Frau.“ Der Vorsitzende versuchte ihm gut zuzureden. „Wir sehen wohl ein“, sagte er, „daß Sie auch ohne Strafe schon schwer geprüft sind. Wir können Ihnen unser Mitleid nicht verhehlen. Ein derartiges Unglück kann einem jeden passieren. Die Strafe ist aber doch nicht ehrenrührig. Sie müssen aus bedenken, daß der Staat die Pflicht hat, die Verkehrssicherheit zu schützen. Wollen Sie die Berufung doch aufrechtserhalten?“

Der Schneidermeister wollte Sie aufrechterhalten. Und so erfährt man, daß er seit Jahren Sonntagsausflüge auf einem leichten Motorrad unternahm. Sein sehnlichster Wunsch war es, ein schweres Motorrad mit einem Beiwagen zu besitzen, damit ihn seine Frau bei seinen Sonntagsausflügen begleiten könnte. Kurz vor Pfingsten ging sein Wunsch in Erfüllung. Am Sonnabend prüfte er den Wagen, am Pfingstsonntag konnte er endlich seinen ersten Ausflug in Gesellschaft seiner Frau machen. Kurz hinter Rahlow entwickelte er eine Geschwindigkeit von 35 bis 40 Kilometer. Vor ihm fuhr ein zweifacher Radfahrer, die ihm den Weg versperrten. Um sie zu überholen, beschleunigte er das Tempo bis auf 50 Kilometer und versuchte vorbeizukommen. Er ließ aber außer acht, daß er bei einer so großen Geschwindigkeit beim Uebergang vom Kunstweg auf den Sommerweg die Herrschaft über die Steuerung verlieren müßte. Im nächsten Augenblick war das Unglück geschehen...

Die Berufungskammer bestätigte das Urteil erster Instanz.

Zwischritte im Schaumlöschverfahren.

Feuer durch Schaum zu löschen, hat man schon seit längerer Zeit versucht. Dieses Vöfcherfahren ist von Feuerwehren und Industrietechnikern bereits in einer nicht geringen Zahl erster Brände erfolgreich angewendet worden. Auch in Berlin hat die Feuerwehr schon mehrere Male mit Schaum gelösch, z. B. den Brand eines Deffiziters auf dem H.-Bahnhof Bismarckstraße und den durch Explosion von Petroleumfässern verursachten Fabrikbrand in der Rödernstraße, beide im Juni dieses Jahres. Die Mini-mag-Gesellschaft hat zum Ausbau dieses Verfahrens und zur Verbesserung der von ihr hergestellten Schaumlöschgeräte ein acht Morgen großes Versuchsfeld bei Neu-Krupp eingerichtet. Tante von außerordentlicher Größe sind dort aufgestellt, Tante mit Durchmesser von 3 Meter, von 10 Meter, von 18 Meter, von 20 Meter. Mit feuergefährlicher Flüssigkeit gefüllt, geben sie die Möglichkeit zur Veranstaltung von Bränden, bei deren Löslichung dann die Wirkung des Schaumes erprobt wird. Die Gesellschaft hat in letzter Zeit das zur Erzeugung des Schaumes erforderliche Pulver vervollkommen. Am Freitag hatte sie ein paar hundert Personen nach ihrem Versuchsfeld eingeladen, Vertreter von Behörden der Stadt Berlin, der benachbarten Landkreise und der Provinz, von Feuerwehren Berlins und anderen Orten, auch von Versicherungsgesellschaften. Die vorgenannten Versuche zur Löslichung von Tankbränden zeigten, daß durch das Schaumlöschverfahren die Brände in außerordentlich kurzer Zeit beseitigt werden können. In zwei bis drei Minuten wurde die ganze Oberfläche des brennenden Lantinfasses mit einer Schicht von Schaum bedeckt, durch ihn die Sauerstoffzufuhr abgeschnitten und so der zunächst mächtig lodernde Brand rasch erstickt. Auch die Ablöslichung brennender Holzstücke durch Handgerät für Schaumlöschverfahren gelang in kürzester Zeit. Zu den Vorzügen des Schaumlöschverfahrens gehört, daß es den Wasserhaden, der bei Bränden oft sehr groß sein kann, auf ein Mindestmaß beschränkt. Das ist bei Wohnungs-, Geschäfts-, Fabrik- und Lagerbränden sehr wichtig.

Rudi Wagner schlägt Giuseppe Spalla t. o.

Der geistige Kampfabend im Sportpalast brachte bei gutem Besuch eine Reihe von harten und mit großer Erbitterung geführten Kämpfen. Im Einstellungskampf wurde Hans Schönrrath-Kreis über Hans Bischoff-Dortmund in der vierten Runde durch Disqualifikation zum Sieger erklärt. Den zweiten Kampf bestritten Dr. Ludwig Bach und Karl Walter-Berlin. Das Treffen ging über die angelegten acht Runden und endete mit einem klaren Punktsieg Dr. Bachs. Einen recht dramatischen Verlauf nahm der Kampf zwischen Ernst Kösemann-Hannover gegen Karl Carier-Merito. Der amerikanische Halbdeger brachte Kösemann schon bei Schluß der ersten Runde fast an den Rand des t. o. Wider Erwarten überstand Kösemann die Schwäche äußerst schnell und wuchs mit den Runden. Beide Gegner waren zum Schluß reichlich erschöpft. Das Punktschied gab ein Unentschieden. Einen stotten und schönen Kampf lieferten sich Heinrich Müller-Köln und Harry Croyley-England. Der Engländer bogte stark defensiv, war aber seinem deutschen Gegner ständig leicht überlegen. Das Punktschied erklärte das Treffen für unentschieden, was im Publikum einen höllischen Auslöste. Der Schlußkampf wurde im schönsten Pfeil-konzert begonnen. Rudi Wagner-Duisburg kämpfte gegen Giuseppe Spalla-Italien. Der Kampf nahm ein überraschend schnelles Ende. Gleich in der ersten Minute streckte Wagner seinen Gegner durch einen linken Rinnhaken auf die Bretter. Spalla wurde ausgezählt und schwer benommen in keine Ringede getragen.

Das Spiel vom Dornröschen. Wenn man Märchenfiguren ins Leben zaubert, die die Kleinsten und Allerkleinsten kennen, und die auch den größten Kindern lieb und wert sind, ist der Erfolg von vornherein gesichert. Das zeigte die Aufführung des Märchens „Dornröschen“ nach Grimm im Renaissance-theater. Theodor Haertzen schuf viele lustige Bilder und wie sehr das dänische Kinderpublikum die Schicksale des „dornröschen“ Dorn-

röschens miterlebten, bewiesen die munteren Jurufe aus dem Zuschauerraum. Was gab es aber auch nicht alles zu sehen: den wunderbar tanzen den Frosch, den lustigen Küchenjungen, den dicken Koch und den sehr fein tuenden Minister, der so viel Angst hatte. Die Tanzerei unter Rudolf von Rohan war leider etwas daneben gestrichelt, denn die Kinder waren mit den hüpfenden Feen nicht sehr zufrieden. Am besten erschien Hermann Speelmann als Koch und Franz Stein als Minister, aber auch die anderen dürfen sich trösten. Die Masse der dankbaren kleinen Zuschauer spendet auch ihnen den Beifall nach Noten.

Ein Millionenbetrüger.

Greiff greift sich 10 Millionen.

Das Ermittlungsverfahren gegen den alleinigen Geschäftsführer der Chemischen Fabrik Johannisthal G. m. b. H., Dr. Greiff, der Anfang Oktober unter dem Verdacht der schweren Urkundenfälschung, des Kontursverbrechens und Betrug verhaftet worden war, und sich seitdem im Moabiter Untersuchungsgefängnis befindet, nimmt einen immer größeren Umfang an.

Dr. Greiff hat bereits bisher zugestanden, daß er mehr als 10 Millionen Mark Gelder veruntreut hat. Zunächst war er unter der Beschuldigung verhaftet worden, und hatte es sofort eingestanden, Briefbogen der Mansfeld A.-G. entwendet, mit gefälschten Unterschriften versehen und zum Zwecke der Kreditbeschaffung bei dem Bankhaus Silbermeister u. Co. vorgelegt zu haben. Das Bankhaus ist um ungefähr 4 Millionen Mark geschädigt worden. In ähnlicher Weise hat Dr. Greiff auch andere Gläubiger durch sein grobartiges Auftreten zu schädigen gewußt, so daß der Gesamtbetrag der auf den Namen der Johannisthal G. m. b. H. von Dr. Greiff aufgenommenen Kredite 9 Millionen Mark beträgt.

Neuerdings ist durch anonyme Briefe an den Kriminalkommissar Barisch herausgefunden, daß Dr. Greiff die englische Bank Hambres Ltd. um eine Million betrogen hat, und zwar hat er in diesem Falle nach dem Ratgeber von Bergmann mit Doppelverpfändungen gearbeitet. Dr. Greiff hat jetzt auch diesen Betrag zugegeben. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Heine, hat die Voruntersuchung jetzt auf Vorgänge aus dem Jahre 1924 ausgedehnt. Dr. Greiff soll durch falsche Buchführung ein holländisches Bankhaus um 750 000 holländische Gulden geschädigt haben, indem er für die erlangten Kredite Warenbestände der Johannisthal G. m. b. H. vorläufigte, die nicht vorhanden waren. Nach Vernehmung der Zeugen wird ein Haftprüfungstermin stattfinden, in dem festgestellt werden soll, ob noch dem fast vollständigen Unverständnis des Angeklagten noch Verdunkelungsgefahr besteht. Ungeklärt ist bisher die Frage nach Mitschuldigen, insbesondere des Kaufmanns Robinow aus Hamburg, der bei der Johannisthal G. m. b. H. angestellt war, und der in der luxuriösen Villa des Dr. Greiff wohnte und an dessen Vergnügungsreisen teilgenommen hat.

Funkwinkel.

Die Uebersetzung aus der Staatsoper wird abgefragt. An ihrer Stelle ein Kammerkonzert unter Leitung Michael Laubes. Das Programm bietet größte Gegensätze: Handels Concerto grosso und die Domänen-Suite von Hindemith. So entgegengesetzt diese Kompositionen in Form und Gehalt sind, so gibt Laube doch jeder ihr individuelles Gesicht, findet für jede ihren eigenen Stil. Mit impulsive Sicherheit erfährt er bei Hindemith die Umrisse der einzelnen Sätze, die bestimmte phantastische Atmosphäre, das Tempo, die klanglichen Wirkungen. Neben entsetzten Langrhythmen stellt Laube ebenso vollendet den gedämpften Ausdruck des Schmerzes und der Sehnsucht. Darauf Stücke aus alten Singspielen. Leichte Melodien von Gluck, Haydn oder Mozart tauchen aus der Vergangenheit auf, Melodien, die früher allgemein gesungen wurden, Melodien aus Werken, die als Vorbäuer der Operette angesehen werden können. Man fühlt, wie dieses Genre im Laufe der Zeit gesunken ist. Ein Abend, unterhaltend, befeinlich, amüsan und von leichtem Abendgelächter umweht. Romana Hamburg und Söfen sind gute Interpreten. — Die Vortragsreihe, die mit Chopin beginnt, behandelt das hochinteressante Thema „Schöpfer seltener Geschlechter“. Anthos gibt einleitend ausgezeichnete Bemerkungen über die phantastische Dichtung. Aber die folgenden Vorträge der Komfiter dieser Literaturgattung, der Hauff, E. T. A. Hoffmann, Poe und Baudelaire bleiben zu offensichtlich an der Oberfläche. Man vermischt das Eingehen auf die Werke, das klare Herausarbeiten ihres besonderen Gepräges. Dem Hörer ist beispielsweise allein mit der Aufzählung Poescher Novellen wirklich nicht gedient, wenn des Charakteristische nicht kurz skizziert wird. Das fehlt bisher diesen Ausführungen. Ueber Indien als Industrieland spricht in den späten Abendstunden Franz Josef Furtwängler. Das Land der Dschungeln und geheimnisvollen Abenteuer steht jetzt nach dem Siege an fünfter Stelle unter den Industrielandern der Welt. Doch kein anderes Land kennt eine ähnliche rigorose Ausbeutung der Arbeiterschaft wie Indien. Allerdings wird auch hier die wachsende Macht der Gewerkschaften allmählich Wandel schaffen. 8. 6.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., d. 24.11. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 147 19 1/2 Uhr Cavalleria rusticana Bajazzi	Sonnab., d. 24.11. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus I 19 1/2 Uhr Don Carlos
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 209 20 Uhr Salome	Staatl. Schauspielh. An Jendarmenpl. A.-V. 210 18 Uhr Faust

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
18 1/2 Uhr: Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
20 Uhr: Der Londoner verlorene Sohn.

SCALA

8 Uhr 85. Barbarossa 9258
Jack Hylton, der unumstrittene
Jazz-König Europas, mit seinen
18 Solisten und weitere zum ersten
Male in Berlin auftretende inter-
nationale Stars.

Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3.30 u. 8 Uhr. — 3.30 zu ermäßig.
Preisen das ganze Programm.

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Friederike
Franz Lehar dirigiert!
Käthe Dorsch
Richard Tauber
Globe Sornes • Wepermann
Krausdt • Starobin
Dora Rex-Umburg
Die Kasse ist den ganzen
Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 9393

Großes Schauspielhaus 8
CASANOVA
mit Michael Bohnen. Regie: Charrel.
Sonntag 5 U. Nachmittags-Vorstellung.
Z. hdb. Preisen (ungekürzte Vorst.)

Komische Oper 8 1/2
James-Klein-Revue:
**Tausend
nackte
Frauen!**
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lohringstr. 37.
Vom 22. bis 27. November
Stöpsel

Mittwoch, 28. Nov. zum ersten Male:
August, die Kanone!
Für unsere Leser Gültigkeit für 1—4 Pers.
Famulus nur 1,15 Mk., Sessel 1,65 Mk.
Sonnstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 Mk.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit
„Diätlich, beneidete Dich!“
Waldensamkeit
Stammstück „Hutlos“
Volkspreise: Mk. 0,50 b. 2,00. Logen 2,50

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch
von Paul Eger. Regie: Gust. Hartung.

WALHALLA-
THEATER
14 Varieté-Attraktionen
und Tanz, abends 8 Uhr.
NIMPH 34 Pl.

Reichshaus-Theater
Abends 8 1/2 Sonnt. nachm. 3
Stettiner Sänger
Neu: Neu:
Ballett im Vertikaladen
Borlenke v. Meyzel
Hochst. u. hdb. Preise, volles Prog.
Donnerst. u. Freitag
Varieté — Konzert — Tanz.

Volksbühne
Theater am Bismarckplatz
8 Uhr:
U-Boot S 4
Theater am
Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-
Oper
Thalia-Theater
8 Uhr:
Schneider Wibbels
Auferstehung
Staatl. Schiller-Th-
8 Uhr
Der Londoner ver-
lorene Sohn
Staatoper am Platz
der Republik
8 Uhr:
Salome

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
**Die Drei-Groschen-
Oper**
Paulsen, Valetti,
Ander, Geron,
Schaufuß, Köhl,
Loovskl.
Telephon: Norden 1141 u. 281

Vorverkauf
auch im Pavillon d.
Reinhardttheaters,
Kurfürstendamm,
Ecke Uhlandsstraße
Bismarck 448 u. 449.

Deutsches Theater
Norden 12310
8 U., Ende nach 10 1/2
Die Verbrecher
Auch Totensonntag!
Schauspiel von
Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 12310
8 1/2 U., Ende geg. 10
„Ehen werden im
Himmel geschlossen!“
Komödie von Walter
Hasenclever
Regie:
Forster Larinaga.

Die Komödie
Bismarck 2414/731b
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
Verstehe Aufführung!
**Eltern und
Kinder**
Montag, den 26. 11.
7 1/2 Uhr
Deutsche Urauffüh-
rung
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie:
Forster Larinaga.

HALLER-REVUE!
„Schön und
schick“
Th. im Admiralsplatz
Täglich
8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater
Oresander Str. 72-73
8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Heckels, Großfestschl.

Saltzbürg-Schausp.
Dts. Künstler-Th.
8 Uhr
**Die Herzogin
von Chicago**
Oper. von Zdenek Kralup
Lesing-Theater
8 1/2 Uhr
Alb. Bassermann,
Lucia Mannheim
„Herr Lambert“
Drama von
Louis Verneuil.

**Theater
in der Stadt**
Sonnabendtheater: 57
Dönh. 919, 9 1/2 Uhr
Ueber 500 Mal:
Spiel im Schloß
Inszeniert von Franz Heller,
Regie Eugen Heberl
Lena Eberhard, Paul Kern,
Lena, Jean-Sabat, Thien,
Trensdorf.

Barnowsky-Schausp.
Th. Köpplergäßch. 51.
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Frauenarzt
Schauspiel von
Hans I. Rehfisch
Komödienhaus
Tgl. 8 1/2, Ende 10 1/2
Perlenkomödie
von Bruno Frank

Th. in der Lützowstr.
Kurf. 9209
Täglich 8 1/2 Uhr
Totensonntag
auch 6 Uhr
L. M. Lommel
in
„Runkendorf
auf Welle 0,5“
Rundfunkhörs:
halbe Preise

Planatorium am Zoo
Friedr. Jendarmenpl. 123
Noll. 1376
16 Uhr
**Der Sternhimmel
im Winter**
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Sonne u. Sterne

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Sandrock, Landa,
Sterler, Sikla.
Rose-Theater
in Jendarmenpl. 112
4 Uhr
Aschenbrödel
8 1/2 Uhr:
Die Ratten

Hier z.B.

ist ein typischer Wintermantel, wie Sie ihn bei uns bekommen, und an dem Sie so recht deutlich sehen können, wie vorteilhaft Sie bei uns kaufen.

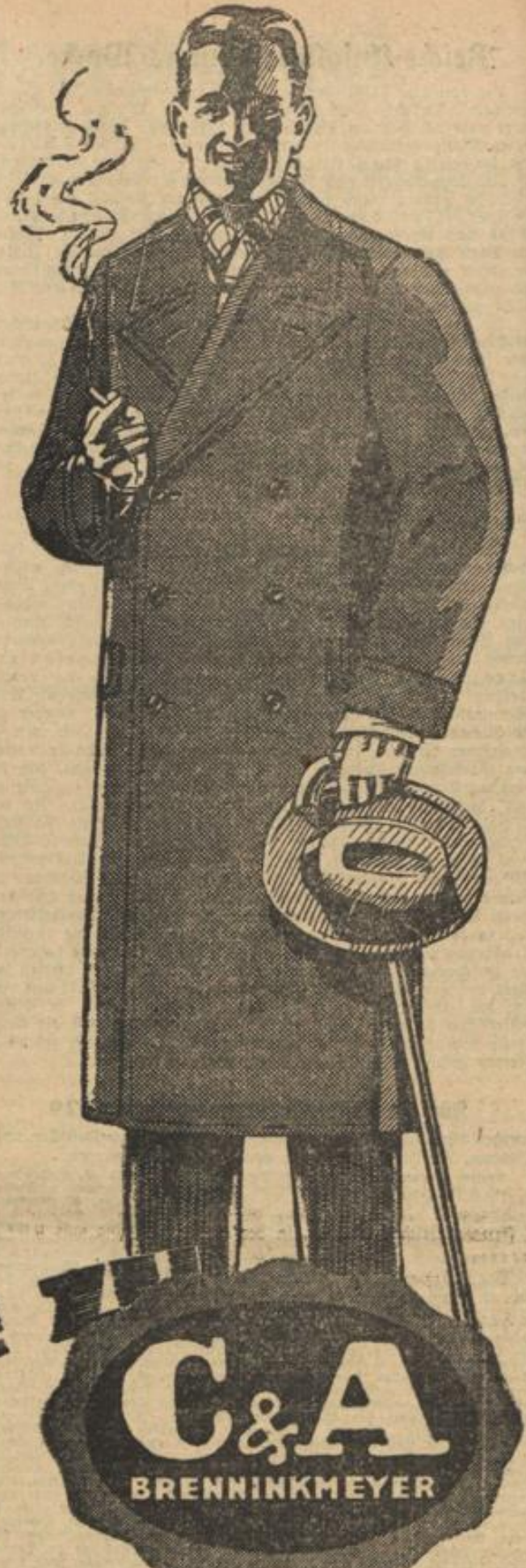
Es ist ein moderner Uster in der breiten, flott wirkenden zweireihigen Form, den Sie sowohl mit Rückengurt als auch mit Rundgurt haben können. Der Stoff ist durchaus modern mit feinen, in sich gemusterten Karos und einer fescnen Abseite, und er ist auf gesteppter Kunstseide in hervorragender Pabform gut verarbeitet. Natürlich können Sie den Mantel in vielen Größen und auch in verschiedenen Farben bekommen.

Ohne jede Verbindlichkeit können Sie den Mantel jederzeit bei uns sehen und prüfen. Und erst wenn Sie das tun, werden Sie wissen, welch' guten Mantel Sie hier vor sich haben, und Sie würden seinen Wert sicherlich nicht unter M. 70.— schätzen.

Tatsächlich kostet er aber bei uns
nur 53⁰⁰
Auch für Sie ist der Weg offen, Ihren neuen Wintermantel genau so modern, genau so preiswert zu kaufen — — —

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Königstraße 33 **Chausseestr. 113**
Am Bahnhof Alexanderplatz **Beim Stettiner Bahnhof**



Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Josephine Baker
in der neuen Revue
Mus. v. Fr. Holländer
mit
Hal Sherman.
Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Ehre
Rundfunkhörs:
halbe Preise
Sonnabend 4 Uhr
Sonntag 6 Uhr:
**Schneeweißen
und Rosenrot**

Luftspielhaus
Friedrichstr. 236
Bergmann 2922/23
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Luststück von
Berlin

**Arm wie eine
Kirchenmaus**
**Theater am
Nollendorfplatz**
Täglich 8 1/2 Uhr
Wiener Blut
Oper. v. Joh. Strauß
Sonnt. nachmittags
6 Uhr
**Das neugierige
Sternlein**

Oper. v. Joh. Strauß
Sonnt. nachmittags
6 Uhr
**Das neugierige
Sternlein**

**CIRCUS
BARUM**
Massiver Winterbau
mit Dampfheizung.
Bin.-Neukölln, Rölll., Ed. v. West.
U. abds. D. Rekord-Programm
Sonntags 2 mal 3 und 8 Uhr
Vormittags von 10—12 Uhr
Probe m. Kourier u. Tierdau
Erwachsene 30 Pl. Kinder 20 Pl.

**Winter
Garten**
Tägl. 8 Uhr
**4 Runways neueste
amerikanische Excentric-
Sensation und weitere Va-
riete-Neuheiten.**
Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
5.30 und 8 Uhr
3.30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Sandrock, Landa,
Sterler, Sikla.
Rose-Theater
in Jendarmenpl. 112
4 Uhr
Aschenbrödel
8 1/2 Uhr:
Die Ratten

Verkäufe
Diese, eiserne, jeden Art und Größe
von 12,50 an, Amerikaner, Jrische,
Dauerband (auch für Säle bis
5000 ehm), transportable Radreifen,
Kochherde, Gas-, Kohle-Ofen, Dren-
kmaschinen, Abwaschmaschine, Wäscherinnen,
Tischlampen, Die alte Spezialfabrik
Semmler u. Wittenberg, Dresdenstr. 67.
Wettenerstraße! Krone 8,75 15,
19,50! Praditstraße 27,50! Bauerndörfer
22.—! Baumgasse 27,50! Rinderbetten
8,75! Bettmöbel Intertal (vollständig
und gut) keine Umbaukosten, Teil-
haus, Baumstraße 47.
12 Suppenwagen, 9 Kinderwagen,
6 Kinderbetten, infolge Minimalerster
vollständig, Rinderngarnitur Große
Frankfurter Straße 47, gegenüber Metz-
schstraße.
Wettenerstraße! Bettfehler, 14, 18, 24,
15,—; Bettfehler, 20, 19,—; Bettfehler,
20, 24,—; Bettfehler, 24, 27, 28,—;
Bettfehler, 27, 4, 48,— Seiler, Pots-
damerstraße 156.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene, hochwertige, Gma-
lingartige, Gehdanzige, Jodet-
anzüge, Gemütsmütel, Casuaranzüge,
Bekleidungsstücke, Goudschneiderei, für
jede Figur passend, Spezialität: Paudo-
anzüge (vollständig, Goudschneiderei)
werden vertilcht, Salpeter, Kollantier-
stoffe 4. I. Klasse.
Wenig getragene, teils auf Seide ge-
arbeitete, erprobte, ledertartige, Frack-
anzüge, Smokinganzüge, Gehdanzige,
Wäsche in modernen Formen; Ballet-
schwarz und marango; Paudoanzüge,
für jede Figur passend, außerdem hoch-
wertige neue Goudstoffe, von er-
fahrenen Schneidern gearbeitet, zu Kau-
fenden billigen Preisen, besonders
billig: Pelzdecken, Pelzanzüge, Sport-
pelze, hochwertige Sachen, im Teil-
haus Comdi, Prinsendamm 108, eine
Treppe keine Umbaukosten.

100 PE
100 MARK
**Quittungs-, Abat-
u. Bekleimemarken**
gegen Nachzahlung
gesetzl. gesch.
fertigt seit 48 Jahr
als Spezialität,
Conrad Müller
Leipzig-Schneiditz

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Unkiesch-
schränkchen, Tisch, Stuhlbaum, mit Spiegel
175,—, 180,—, Buchschloß mit Spiegel
120,—, 130,—, Buchschloß 12,—, 22,—,
Kochherde, englische Bettstellen 26,—,
49,—, 55,—, Bettmattentisch 14,—, Auf-
lagen 19,—, 25,—
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Möbel
Aus Kiefern, Buchen 24. Anrichte-
tische, weiß, lackig und lackiert, in
besten Ausführung, 118,—, 160,—, 220,—,
230 Mark.

Die Arbeitslosenversicherung.

Rechnungsergebnis für September 1928.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat jetzt ihre Rechnungsergebnisse für September 1928 vorgelegt. Gesamteinnahmen von 73 Millionen stehen Ausgaben von 55 Millionen gegenüber, so daß ein Ueberschuß von über 18 Millionen verbleibt. Dadurch erhöht sich die Reserve der Reichsanstalt auf 97 1/2 Millionen Reichsmark. Da im Oktober 1928 trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit noch ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zu erwarten ist, dürfte sich der Restposten noch weiter erhöhen und die Reichsanstalt für die starke Arbeitslosigkeit der Wintermonate gewappnet sein. Wenn die Neuregelung der berufstätigen Arbeitslosigkeit, die augenblicklich den Reichstag beschäftigt, angenommen werden sollte, so dürfte das für die Reichsanstalt eine starke finanzielle Entlastung bedeuten und gewährleisten, daß der während der Sommermonate angehäufte Restposten für die Anspannung der Arbeitslosenversicherung bis zum kommenden Frühjahr ausreicht.

Aus den Einzelheiten der Rechnungsergebnisse ist zu erwähnen, daß neben Rheinland und Pommern wiederum das Landbesarbeitsamt Bayern auch im Monat September Zuschüsse erforderte, während die übrigen Landesarbeitsämter durchwegs Ueberschüsse erzielten, die am erheblichsten in Brandenburg, Südwestdeutschland und Sachsen sind.

Neuer Konflikt in Thüringen.

Anlaß der Fall Frieders.

Weimar, 23. November. (Eigenbericht.)

Auf einer Tagung der Deutschen Volkspartei hat der ehemalige Justizminister Deuthäuser den Demokraten vorgeworfen, daß sie im Falle Frieders von ihm eine Rechtsbeugung verlangt hätten. Der Demokrat Krüger hat sich das in einer darauf folgenden Erklärung vorbehalten und in Deuthäusers Behauptung eine Meinung erklart, die geeignet sei, die nach wochenlangen mühsamen Verhandlungen zustande gekommene neue Regierung zu erschüttern.

Am Freitag vermahnte sich der volksparteiliche Führer Bauer im Senat gegen die „unerhörte idiarie Form“ der Krügerischen Erklärung und bezeichnete es als nicht charaktervoll, den zurückgetretenen Minister mit Steinen zu bewerfen. Das rufe die Gefahr einer neuen Krise hervor. Die Deutsche Volkspartei lasse sich durch Drohungen Krügers nicht einschüchtern. Krüger solle sich abgewöhnen, das Land kommandieren zu wollen. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Geben Sie, Herr Dr. Krüger, Ihren augenblicklichen Einnahmen und Bestimmungen nur weiter in abgemessener Weise und überheblicher Weise Ausdruck, dann ist ein Sturz der kaum erst neugewählten Regierung nicht mehr fern, für den dann abermals Sie vor dem Lande die Verantwortung tragen.“

Krüger hat sich eine Erwiderung vorbehalten.

Der Rechtsvertreter von Frieders in Wien, Rechtsanwalt Dr. Richard Preßburger, hat eine Broschüre über den Fall Frieders erscheinen lassen, in der er zum Schluß eine unparteiliche Untersuchung vorschlägt:

Wir schließen mit dem Vorschlag, daß unter Zustimmung der Mehrheit des Thüringischen Landtags der Deutsche Herr Reichsjustizminister einen oder besser zwei allgemein anerkannte, unparteiliche deutsche Juristen außerhalb Thüringens an Hand des gesamten Materials einschließlich der Vorgeschichte mit der Verfassung eines Gutachtens über den Urteilsstand betrauen möge, wobei die drei Verteidiger zuvor Gehör finden sollen.“

Kultur und Arbeiterschaft.

Vortrag Hendrik de Man.

In der Aula der Berliner Handelshochschule sprach Hendrik de Man über „Kultur und Arbeiterschaft“. Er führte aus, daß die heute verbreiteten Anschauungen von Arbeiter und Kultur im wesentlichen von drei Auffassungen ausgehen: der feudalkapitalistischen, der liberalistischen und der marxistischen. Die feudalkapitalistische baut sich auf einem ständischen Klassenbegriff auf, nach dem die Träger der Macht auch die der Kultur sind. Von dieser Kultur wird den unteren Ständen so viel vermittelt, wie die oberen für gut halten.

Die liberalistische Auffassung geht von dem Gedanken des freien Wettbewerbs aus. Jeder kann nach oben kommen, er kann es um so leichter, je stärker der Wettbewerb ist, d. h., je widerstandener er mit seiner Lage ist. Das Ziel seiner Wünsche muß aber im Rahmen der bestehenden Ordnung liegen. Doch selbst mit dieser Einschränkung ist die Rechnung falsch. Das Schicksal des Arbeiters wird wie ein Hohn auf diese Theorien. Nicht die liberalistische Verfassungskonturrenz, sondern einzig durch Massen kämpfe hat er einige Verbesserungen in seinem Dasein erreichen können.

Die marxistische Auffassung will nicht einen Fortschritt durch Kultivierung der bestehenden Ordnung, sondern durch Umwälzung. Sie glaubt an eine Entmischung in Gegenlagen, aus der eine neue, anderegeartete Kultur erwächst: die Kultur der Masse. Die Eigengesetzlichkeit der kulturellen Entwicklung wird dabei vernachlässigt. Kultur ist gleichsam wie Nebenprodukt der gesellschaftlichen und materiellen Schichtung. Aus der neuen gesellschaftlichen Schichtung soll also die Kultur der neuen Gesellschaftsordnung erwachsen. Der Proletariat, der bisher Objekt der Arbeit war, soll Subjekt des Sozialismus werden. Die Schuld nach dem Lebensstil, zu dem er sich berechtigt fühlt, steht in jedem Menschen. Die praktische Auswirkung aber ist die primitive Sehnsucht des Proletariats nach Verbesserung, nach Existenzsicherheit und Ansehen. Der Marxismus kommt dieser Verbüßung durch seine Auffassung von Kulturentwicklung entgegen. Er lehrt die Überwertung der Masse. Und ohne zu erkennen, daß die Rasse noch nicht Gemeinwohl ist, bekennt er sich zu ihren Idealen. Die Technik wird angebetet, nicht mehr als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck. Der Mensch löst sich von der Arbeit vollkommen los und führt zwischen Arbeit und Freizeit ein Doppelleben. Ein Antihumanismus macht sich breit. Die Quantität, nicht die Qualität entscheidet. Nicht Kunstverständnis, sondern Massenacknowledgment wertvollste Produktion.

Dieser künstliche Jüchling freit der natürlichen Sozialismus gegenüber, der in allen großen Kulturen der Jahrhunderte verankert ist und in ihnen im Sinne der entsprechenden Zeit wirkte. Er erkennt neben der Gesellschaftsordnung ein Eigenleben der Kultur an. Ueber den notwendigen Fortschritt des Lebens stehen die ewigen, die erst eine Befreiung im Sinne der Weltentwicklung ermöglichen.

Der Abgeordnete Boreaux, der wegen der Annahme des Postens des Generalsekretärs von Inohama aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen worden war, hat seine Wiederzulassung beantragt. Sein Fall kann erst nach Parteitag, der in den Weihnachtsferien in Paris stattfindet, geregelt werden.

Thüringische Fürsten.

Wegen der ungeheuren Ansprüche der ehemaligen Thüringischen Fürsten fanden im Thüringer Landtag erregte Debatten statt.



Sie lieben ihr Land so, daß sie gar nicht genug von ihm bekommen können!

Rosa Luxemburgs und Liebknechts Tod.

Hermann Müller über die November-Revolution.

Im „Büchertreis“ erschienen die November-Resolutionserinnerungen des jetzigen Reichstanzlers Hermann Müller, des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir geben daraus das 17. Kapitel wieder.

Am Vormittag des 16. Januar ging ich wie gewohnt zunächst gegen 9 Uhr nach unserem Parteibureau. Bartels erzählte mir dort, daß eben ein Soldat dagesessen sei, der mitgeteilt habe, daß Karl Liebknecht in der Nacht getötet worden sei. Näheres wußte er nicht. Ich glaubte das nicht. Keine Morgenzeitung hatte eine Notiz über nächtliche Kämpfe gebracht. Ich fuhr mit der Elektrischen nach der Prinz-Albrecht-Straße. Niemand sprach von Liebknecht. Auch im Abgeordnetenhause nicht. Da hat mich Ebert telephonisch sofort nach der Reichskanzlei. Dort sollte ich aus meinem Munde die Bestätigung der schauerlichen Nachricht empfangen, die in der Nacht zuvor nicht nur an Karl Liebknecht, sondern auch an Rosa Luxemburg verübt worden war...

Die erste amtliche Darstellung, noch der eine über die Spontankräfte erbitterte Menge die Hauptschuld an den Missetatungen getragen haben sollte, enthielt bewußt falsche Angaben der schuldigen Militärs. Die Regierung hatte den Willen, Aufklärung zu schaffen, am Abend des 16. Januar

durch folgende amtliche Mitteilung kundgetan:

„Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Die beiden Getöteten hatten sich zweifellos schwer an deutschen Volke vergriffen, sie hatten jedoch ebenso zweifellos Anspruch auf Recht, das Schuldige bestrafen, aber auch sie vor Unrecht zu schützen. Ein Akt der Gerechtigkeit, wie er an Rosa Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag, wird ihn für sich verdammen. Ist im Falle Luxemburg das Geschick offenbar verfehlt worden, so bedarf es auch im Fall Liebknecht nach der Aufklärung, ob hier noch geistlichen Vorwürfen gehandelt worden ist. Sollten sie verneint werden sein, so müßte auch hier in der schärfsten Weise eingegriffen werden.“

Der Zentralrat billigte die Haltung der Reichsregierung, die eine gründliche Untersuchung mit dem Ziele schärfster Bestrafung etwaiger Schuldiger befohlen hatte.

Ich habe Ebert selten so erregt gesehen, als an jenem Morgen des 16. Januar. Neben dem Gefühl des Wahns über die größte Tat wühlten sich folgende Erwägungen geltend: Eben war die Regierung des Januarputsches Herr geworden. Für eine ruhige Aufarbeitung schien der Weg geradnet. Würde die Ermordung der beiden nicht zu neuen Kämpfen führen? Würden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Märtyrer nicht zu einer größeren Gefahr werden, als sie jemals lebend waren?

Die angeordnete Untersuchung

gegen die schuldigen Militärs — Zivilpersonen kamen, wie sich bald ergab, für die Tat nicht in Betracht — fand vor dem Gericht der Gardebataillonsoffizierskommission statt. Ein Sondergericht konnte nach Auffassung der Volksbeauftragten nicht eingesetzt werden. Jedem Angeklagten war das Recht zugesichert, von seinem ordentlichen Richter abgeurteilt zu werden.

Als Gerichtsherr fungierte General Hoffmann, als Untersuchungsrichter Kriegesgerichtsrat Jörns. Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien forderten, daß die Untersuchung durch eine aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzte Untersuchungskommission vorgenommen würde. Die Volksbeauftragten stimmten dem nicht zu, waren jedoch damit einverstanden, daß je zwei Mitglieder des Zentralrats und des Groß-Berliner Volkspartei bei der Untersuchung mitwirkten. Vom Zentralrat wurden Hugo Strauß und ich dazu bestimmt. Am 24. Januar mußte ich dann zur ersten internationalen Sozialistenkonferenz nach dem Kriege nach Bern fahren. Ich habe so nur an den ersten Besprechungen im Edenhof teilgenommen, die der Aufhellung der Vorgänge in und vor dem Hofe galten.

Hugo Strauß trat am 16. Februar zugleich mit dem Groß-Berliner Mitgliedern Busch und Wegmann von der Untersuchung an der Untersuchung zurück. Sie begründeten das damit, daß mehrfach ihre Anträge über Zeugenerhebungen, die zur Verhaftung der Anklagten, Täter und Helfer führen sollten, von dem Gerichtsherrn und den Untersuchungsrichtern abgelehnt worden waren, wodurch die Flucht von Schuldigen ermöglicht und für die Mitgeschädigten wegen der Verständigungsmöglichkeit die Verdunkelungsgefahr gegeben war. Sie forderten deshalb die Einsetzung eines Sonder-

gerichts bzw. die Aburteilung der Schuldigen durch ein ordentliches Zivilgericht.

Beide Forderungen hatten die Volksbeauftragten bereits abgelehnt, bevor die Delegierten der beiden Parteien sich entschlossen hatten, an der Untersuchung teilzunehmen. Hoffe hatte als Volksbeauftragter immer die Auffassung vertreten, daß

niemand seinem ordentlichen Richter entzogen

werden dürfe. Jetzt setzte er sich für die Bildung einer Sonderkommission ein, die allerdings nicht richterliche Funktionen haben sollte, sondern ähnlich wie die Untersuchungskommissionen des englischen Parlaments mit besonderen Vollmachten ausgestattet in einer mit allen gesetzlichen Garantien umgebenen Untersuchung den Tatbestand feststellen sollte. Die Volksbeauftragten wußten demgegenüber die rasche Aburteilung der Schuldigen durch das Gericht wegen der Erregung weiter Kreise der Bevölkerung für nötig. Wenn der Untersuchungsrichter aber, wie gefordert, Anträge ablehnte, in denen Zeugenausagen über wesentliche Punkte der Anklage angeboten worden waren, so vermehrte das die Erregung. Er hätte jedem solchen Antrag nachgehen müssen, um das vorhandene starke Mißtrauen zu beseitigen. Was müßte nochher eine noch so energiegeliche Haltung des Anklagenretreters, wenn es in der Voruntersuchung an der notwendigen Aufhellung des Tatbestandes gefehlt hätte! Und hier fehlte die Zweifel ein.

Die Gerichtsverhandlung brachte keine volle Aufklärung. Für eine gemeinsame Beschuldigung der angeklagten Offiziere konnte der Beweis nicht erbracht werden. Eine solche hätte wohl auch kaum stattgefunden. ... Daß Nord vorlag, gab der Anklagenretreter zu. Jörns beantragte gegen die vier Offiziere, die geschossen hatten, die Todesstrafe wegen Mordes. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei. Die Urteile für eine Verurteilung nicht auszureichen. Der Oberjäger Runge, der mit dem Kolben die beiden Opfer mißhandelt hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis. Oberleutnant Bogel wegen Beiseiteführung einer Leiche und willkürlich falscher Dienstmeldung zwei Jahre vier Monate Gefängnis. Bogel gelang es, mit Hilfe eines falschen Passes nach Holland zu entfliehen. Gefährliche Pässe waren damals wohlfeil zu haben. Die Kriegsmoral herrschte nach.

Das Verbrechen an Liebknecht und Rosa Luxemburg

hatte nicht die erwartete gerichtliche Sühne gefunden. Darüber herrschte in sozialistischen Kreisen allgemeine Empörung. Im Ausland wurde das zur Hege gegen die Sozialdemokratie benutzt. Nach Bern hatte Theodor Liebknecht telegraphiert, daß wir Mehrheitssozialdemokraten an der Ermordung Liebknechts mitschuldig seien, weshalb unser Ausschluß aus der Berner Konferenz erfolgen müsse. Die Konferenz ging über dieses lächerliche Unsinnen debattieren über Tagesordnung über.

Branding, Trautstra und Hunsman wußten, daß nicht die leiseste Verbindung zwischen Eberts Regierungstätigkeit und diesem feigen Nord herzustellen war...

Der Vorstand der Berliner Mehrheitssozialdemokratie fand überall in der Partei Zustimmung, als er an der Spitze eines Aufrufs an die Arbeiterschaft Groß-Berlins sagte:

„Das tragische Ende Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wird von allen anständig denkenden Menschen aufs tiefste bedauert, von uns, seinen Begnern, am meisten. Wenn ein Verbrechen oder gar ein Gemaltat vorliegt, verlangen wir schärfstes Vorgehen, wie wir es auch gegen sozialistische Gemaltaten verlangen haben.“

Der Aufruf wendete sich dann gegen Demonstrationen, zu denen die Unabhängigen und der Sozialklub unter Anklagen gegen die Sozialdemokratie und die Reichsregierung aufgerufen hatten, insbesondere gegen die Aufforderung zur Arbeitseinstellung. In dem Aufruf hieß es weiter:

„Man mag die Ereignisse der allerletzten Tage noch so sehr bedauern, beurteilen und verabschauen, die Schuld derer darf doch nicht vergessen werden, die selber zuerst an die Gewalt appelliert und die wildesten Instinkte entseffelt haben.“

Der Aufruf erinnerte dann an das Jungblut des Spartakusbundes vom 11. Januar, in dem Cohn und Hoffe als zweideutige Führer verhöhnt worden waren, weil sie über das Blutergießen der Revolution heulten und lamentierten und ihnen das geringste Opfer für die Revolution schon zuviel sei. Wer das Treiben der Spartakisten verfolgt hatte, dem leuchtete die schlichte Sprache des Aufrufs mehr ein als das Gerede darüber, daß für diese Orzuel die Regierung Ebert-Scheidemann-Kopke-Landsberg für alle Seiten verantwortlich sei.

Unternehmerfront gegen Staat.

„In voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konflikts.“

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller ist schon aus der Vorkriegszeit bekannt als dringender Einarbeitergruppe. Es konnte also nicht überraschen, wenn der Gesamtverband sich mit den tarifrechtlichen Aussparungen an der Ruhr solidarisch erklärt und überdies den Ruhrherren noch ausdrücklich seine Sympathie und seinen Dank ausspricht. Von dem Bewußtsein der Verantwortung die auf einer so großen Organisation lastet, waren die leitenden Männer des Gesamtverbandes nie fälschlich befreit.

Rum haben auch die beiden Spitzenorganisationen der Unternehmer, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Deutschen Industrie Stellung genommen zu dem Ruhrkrieg. Bezüglich der Tariffrage? Bedauern sie wenigstens den leichtherzig heraufbeschworenen Konflikt mit dem Staat? Keineswegs! Sie stellen sich „geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe“ und beschließen, sie „mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen“.

Die Erklärung macht sich zunächst die beweislosen Behauptungen der Ruhrindustriellen zu eigen, wonach die im Schiedsgericht vorgelegenen Lohnhöhen „eine ernste Gefährdung des gesamten deutschen Preisniveaus“ nach sich ziehen würde und fährt dann fort:

„Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der Deutschen Industrie stellen sich infolgedessen in voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konflikts für die ganze deutsche Wirtschaft geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Beide Organisationen haben beschlossen, die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Dieselbe Haltung nehmen Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der Deutschen Industrie gegenüber dem Wirtschaftskampf in der Westindustrie ein. Beide Organisationen schließen sich namens der gesamten deutschen Industrie der Erklärung an, die der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller für die Arbeitgeber der Westindustrie abgegeben hat.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgehen, daß diese Erklärung zwar nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt, aber der scharfmacherischen Begeisterung ermangelt, die die Erklärung des Gesamtverbandes auszeichnet. Von Sympathie und gar von Dank ist keine Rede. Da, die beiden Spitzenorganisationen erklären zum Schluß, daß sie sich der Erklärung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller für die Westindustrie anschließen. Von der Erklärung des Gesamtverbandes für die nordwestliche Eisenindustrie schweigt die Erklärung der Spitzenverbände.

Man kann daraus schließen, wie auch aus der sonst vorsichtigen Redigierung, daß den leitenden Männern in der Vereinigung wie im Reichsverband nicht sehr wohl zumute war, als sie genötigt waren, Farbe zu bekennen.

Vielleicht hätten sie es lieber gesehen, ihre Vorschläge zur „Reform“ des Schiedsgerichtswesens würden auf dem parlamentarischen Wege behandelt, statt durch den Rutsch der Ruhrindustriellen auf dem Wege der Gewalt zu scheitern. Vielleicht! Ausdrücklich sagt die Erklärung darüber nichts.

Was sie aber sagt, ist eine unumwundene Solidaritätsbekundung und darüber hinaus die Versicherung, die Tarifbrecher „mit allen geeigneten Mitteln“ zu unterstützen.

Sie wollen hier nicht nochmals den überflüssigen Versuch machen, aufzuzeigen, daß die wirtschaftlichen Vorwände zur Aussperrung nicht stichhaltig sind. Einmal, weil die Aussperrung weit mehr kostet, als die Lohnhöhung überhaupt ausmacht. Dann aber auch, weil die Unternehmer auch ohne Aussperrung den Rechtsweg beschreiten konnten. Schließlich, weil die Gewerkschaften sich bereit erklärt hatten, für die Arbeitsaufnahme unter den alten Bedingungen sich einzuliegen, vorausgesetzt, der Rechtsstreit kommt zum Austrag. Die Gewerkschaften sind sogar noch weiter gegangen und haben angeboten, in eine Verkürzung der Laufzeit des Tarifvertrages einzuwilligen, um den Unternehmern die schon einmal, vor dem Schiedsgericht, angebotene Gelegenheit zu geben, den Nachweis zu erbringen für die Untragbarkeit der tariflich festgelegten Löhne.

Mit wirtschaftlichen Gründen läßt sich die Aussperrung nicht rechtfertigen. Sie ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn, Worauf es ankommt, ist die einfache Frage, ob Gesetze für Unternehmer genau so gelten wie für Arbeiter.

Ob eine Handvoll Generaldirektoren und Syndizi, die über eine Schlüsselindustrie Verfügungsrecht hat, das gesamte Wirtschaftswesen gefährden darf, weil sie in ihrer politischen Verantwortung die überhöhten Meinung ist, sie stünde über dem Recht, über dem Staat, über Schlichtungsinstanzen und Arbeitsministerien. Die Vereinigung und der Reichsverband erklären sich mit dem Rechtsbrecher solidarisch. Die gesamte Unternehmerfront steht damit geschlossen gegen den demokratischen Staat. Wir wissen nicht, ob sich die Herren im Reichsverband und in der Vereinigung, wie es in ihrer Erklärung wohl heißt, der Tragweite ihrer Stellungnahme auch voll bewußt sind. Jedenfalls erwacht dem Staat nunmehr die Bitte, den Nachweis zu führen, und zwar gleichfalls „mit allen geeigneten Mitteln“, daß es in der Demokratie eine Diktatur nicht geben kann.

Vor der Berufungsinstanz. Heute entscheidet das Landesarbeitsgericht.

Böhm, 21. November. (Eigenbericht.) Die Berufungsinstanz der drei Metallarbeiterverbände ist bei dem Landesarbeitsgericht Duisburg am Donnerstag eingegangen. Der Schriftsatz umfaßt 22 Schreibmaschinenseiten. Die Ausführungen des Berufungsschriftsatzes beziehen sich zunächst auf die Frage, ob überhaupt ein Schiedsgericht der Schlichterkammer vorliegt und weiter, ob beziehungsweise Schiedsgericht und Verbindlichkeitsklärung unwirksam sind, wenn und inwieweit ein Eingriff in dem Rahmentarif vorliegen sollte. In den Ausführungen heißt es:

„Durch die Ausfertigung des Schiedsspruches ist beurkundet, daß die Schlichterkammer den fraglichen Schiedspruch auf Grund der Verhandlungen vor der Schlichterkammer gefällt hat. Die Urkunde über diesen Schiedspruch der Schlichterkammer ist eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 417 der Zivilprozessordnung. Danach ist voller Beweis dafür erbracht, daß ein Schiedsgericht der Schlichterkammer vorliegt.“

Demgegenüber macht das angefochtene Urteil geltend, daß es auf Grund „eigener Sachkenntnis mehrerer Mitglieder des Gerichts“ eine gerichtlich bekanntgewordene Tatsache sei, daß der Inhalt des Schiedsspruches schließlich eine Meinung des Vorsitzenden allein geworden ist, die bei den übrigen Mitgliedern nicht vertreten war. Diese „Feststellung“ läßt die durch § 417 der Zivilprozessordnung be-

wiesene Tatsache, daß ein Schiedsgericht der Schlichterkammer vorliegt, unberührt. Die tatsächlichen Feststellungen des Vordruckers beziehen sich nicht auf die Frage der Willenserklärung durch die Schlichterkammer. Sie erstrecken sich lediglich auf den Frage der Willensbildung. Dadurch kommt jene Begriffsverwirrung zustande, die zu dem Ergebnis des Urteils geführt hat.

Der Schiedsgericht steht auf dem Standpunkt, daß das Lohnabkommen dem Rahmentarifvertrag nicht widerstreicht. Wenn der Schiedsgericht von diesem Standpunkt ausgeht, so hat weiter nichts stattgefunden als eine Rechtsanwendung durch die Schlichterkammer innerhalb ihrer absoluten Zuständigkeitsmacht. Selbst wenn man annimmt, daß der Schiedsgericht die in Betracht kommenden Rechtsfragen falsch entschieden haben sollte, entzieht sich die Frage, ob richtig entschieden worden ist, der richterlichen Nachprüfung.

Es wäre unerträglich, wenn bei einer gelegentlichen Nachprüfung eines rechtskräftigen Verwaltungskates durch ein Gericht dieses im einzelnen nachprüfen könnte, ob der Spruch der Verwaltungsbehörde zutreffend ist oder nicht. Daß der Reichsarbeitsminister an sich absolut zuständig für die Verbindlichkeitsklärung war, ist auch vom Kläger nicht bestritten worden. Auch er hat die in Betracht kommenden Rechtsfragen geprüft. Das ergibt sich mit voller Deutlichkeit aus der Begründung der Verbindlichkeitsklärung.

Darauf ist das angefochtene Urteil, trotzdem es einen Hoheitsakt des Staates für nichtig erklärt, überhaupt nicht eingegangen. Unbekannt ist, daß die gleichen Parteien, wenn sie über einen Lohnvertrag verhandeln, in einem ungeschützten Manteltarif eingreifen können. Die Erfahrung lehrt, daß über die Lohnhöhe sehr häufig eine Einigung leicht zu erzielen ist, wenn ein Ausgleich in anderen Tarifbedingungen (z. B. Arbeitszeit) zu finden ist. Wir haben bereits in der Klageantwortung des Klägers ausgeführt, daß der Schiedsgericht keinesfalls außerhalb der Regel liegt, die der richtig verstandene Rahmentarif vorseht. Hierauf neigten wir Bezug.“

Keine Einigung in Dresden. Fortsetzung der Verhandlungen Montag.

Dresden, 23. November. Die Einigungsverhandlungen im Lohnkonflikt in der sächsischen und thüringischen Textilindustrie, die heute im sächsischen Arbeitsministerium unter dem Vorsitz des Landesrichters, Ministerialrat Haal, stattgefunden haben, sind abends gegen 17 Uhr ergebnislos abgebrochen worden. Sie sollen am Montag, dem 26. November, fortgesetzt werden.

Bekanntlich sind in beiden sächsischen Tarifgebieten rund 400 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der Ausgang der Verhandlungen ist also von einer ungeheuren Bedeutung.

Lausitzer Schiedsgericht verbindlich.

Kottbus, 23. November. Der Schiedsgericht vom 27. September d. J. über die Arbeitszeit in der Lausitzer Tuchindustrie ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Nach der in dem Schiedsgericht getroffenen Vereinbarung kann, sofern die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes es erfordern, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden durch den Arbeitgeber um drei Stunden verlängert werden. Darüber hinaus bedarf es der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Erfolgt diese nicht, so entscheidet binnen drei Tagen die im Manteltarifvertrag vorgelebene örtliche Tarifkommission. Bis zur Entscheidung ist die vom Unternehmer geforderte Mehrarbeit zu leisten.

Die Praxis der Arbeitsämter. Bei verlängerter Wartezeit.

Die Berliner Volksausgabe des Wolff-Bureaus, die „Berliner Volksnachrichten“, veröffentlichten dieser Tage einen Aufsatz von Dr. Erich Lange, Charlottenburg, der den Titel „Rißhände bei den Arbeitsämtern“ trägt. Dr. Lange knüpft an die Tatsache an, daß die Wartezeit im Falle der Arbeitslosigkeit sich auf vier Wochen verlängert, wenn der Arbeitnehmer seine Stelle ohne wichtigen oder berechtigten Grund ausgegeben oder durch ein Verhalten verloren hat, das zur fristlosen Entlassung berechtigt.

„Die Entscheidung über den Unterstützungsantrag und die hierzu notwendige Beratung des Aufstellungsgrundes des Dienstvertrages“ heißt es da, „ist Sache des Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Gegen seine Entscheidung ist der Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes zulässig. Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses kann Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes eingelegt werden.“

In vielen Fällen gelangt der Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zunächst nicht in die Hände des Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Der Antragsteller wird auf Grund der Arbeitsbeschaffung kurzerhand von dem Schalterbeamten abgewiesen, ohne über die Rechtslage aufgeklärt zu werden. Er wird aufgefordert, zunächst seinen früheren Arbeitgeber zu verklagen zur Klärung des Entlassungsgrundes. Anstatt also im Interesse einer schnellen und lösenlosen Entscheidung von Amts wegen Ermittlungen über den Tatbestand anzustellen, wie es nach § 171 des Gesetzes Pflicht der Behörde wäre, schiebt sie den Arbeitslosen zum Gericht. Die Folgen sind zahllose überflüssige Prozesse, die unnötige Kosten verursachen und lange Zeit in Anspruch nehmen, ohne jemals zur Entscheidung über den Unterstützungsantrag selbst zu führen.

Wir wandten uns auf Grund dieser Darlegungen an das Arbeitsamt Berlin-Mitte. Die Darstellung Langes trifft nicht zu oder daneben, oder sie reißt offene Türen ein. Der Antrag auf Arbeitslosenunterstützung kann aus technischen Gründen nicht in allen Fällen von den Vorsitzenden unmittelbar entschieden werden. Zur raschen Abwicklung aller Anträge ist es nötig, daß Angestellte des Arbeitsamtes die Ermächtigung erhalten, die glatten Fälle selbstständig zu erledigen.

Hat der Arbeitslose zur Feststellung des Entlassungsgrundes die Arbeitsgerichtsbehörden angerufen, so ist der Vorsitzende des Arbeitsamtes gemäß § 184 ABWB in seiner Entscheidung zwar nicht aufgehoben; ein Einspruch gegen diese Entscheidung ist jedoch erst zulässig, wenn die rechtskräftige Entscheidung vorliegt oder der Rechtsstreit ohne rechtskräftige Entscheidung erledigt ist.

Um unliebsame Verzögerungen aus dieser Rechtslage zu vermeiden, empfiehlt es sich allerdings manchmal, dem Arbeitslosen

nahezulegen, ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht anhängig zu machen, da dieses mit der Möglichkeit einer eidlichen Bestätigung von Zeugen eine bessere Gewähr für die zuverlässige Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen der §§ 91 mit ABWB bietet.

Die Praxis der Arbeitsämter ist aber auf möglichst rasche Durchführung der Unterstützungsanträge eingestellt. Die Arbeitsämter vermeiden es deshalb in der Regel, zur Feststellung des Entlassungsgrundes die Arbeitsgerichtsbehörden in das Unterstützungsverfahren einzuschalten.

Das Reichswehrministerium als Unternehmer.

Man schreibt uns: Dem Minister Groener sind neben seinen Soldaten und seiner Marine noch über 20 000 Arbeiter anvertraut, deren Wohl und Wehe auch ein wenig beachtet werden sollte. Wie es um das Arbeitsverhältnis dieser Leute bestellt wurde, wiederholt öffentlich kritisiert.

Augenblicklich wehren sich leider die Fälle wieder, wo Arbeiter einfach auf die Straße gesetzt werden mit der Begründung, es sei kein Geld da.

Das Reichswehrministerium schiebt die Schuld auf das Reichsfinanzministerium, das bis jetzt die Mittel für die am 1. April fälligen Lohnhöhen noch nicht nachbewilligt habe. Uns dünkt freilich, daß der Etat des Reichswehrministeriums mit seinen Hunderten von Millionen sozial Spielraum offen läßt, doch geringe Summe, um die es sich hier handelt, schon aus den öffentlichen Restbeiträgen des Reichswehrministeriums entnommen werden könnte. Aber wie dem auch sei, der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar.

Es ist einfach ein Skandal, wenn eine Behörde 1/4 Jahr nach Eintritt in das neue Etatjahr Verfügungen herausgibt, daß wegen Mangel an Mitteln Arbeiter abgebaut werden müssen, wo doch sonst zu allen möglichen und unmöglichen Dingen Geld vorhanden ist. Wie leichtherzig im Bereich des Reichswehrministeriums auch sonst mit den Arbeitern umgesprungen wird, geht am besten daraus hervor, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle von 253 im Jahre 1923 auf 1224 im Jahre 1927 gestiegen ist, die tödlich verlaufenen von 3 auf 7. Wohl hat das Reichswehrministerium nunmehr eine Verfügung erlassen, wonach diese Dingen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollen. Diese Verfügung wird aber genau so wie alle anderen Verfügungen die vom Reichswehrministerium herausgegeben werden, von den verschiedenen Dienststellen ganz unbeachtet bleiben, zum mindesten solange, bis Herr Groener einmal mit derselben Energie dozieren fährt, die ihm sonst zur Verfügung steht.

Zum Schluß an Herrn Groener noch eine bescheidene Anfrage: Seit Wochen bemühen sich Organisationsvertreter, mit ihm einmal über alle diese Dinge eine persönliche Aussprache zu führen, Herr Groener seinerzeit ohne weiteres zugestanden hätte. Durch mir noch hoffen, daß Herr Groener, auf dessen Ministerschaft die in seinem Verleß beschäftigten Arbeiter so große Hoffnungen gesetzt haben; diesen selbstverständlichen Wunsch der Organisationen ebenfalls erfüllen wird?

Es geht auch ohne Aussperrung. Lohnerhöhung in der badischen Zigarettenindustrie.

In der badischen Zigarettenindustrie wurden die Zeitlöhne ab laufender Lohnwoche um 3 Proz. erhöht. Der glatte Verlauf der Verhandlung ist darauf zurückzuführen, daß in Baden 99 Proz. der Tabakarbeiter freiwillig organisiert sind.

Lohnregelung in der Belbeter Schloßindustrie.

Essen, 23. November. In gemeinsamen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Belbeter Eisenindustrie der bestehende Tarifvertrag bis zum 1. Mai 1929 verlängert worden. Die neue Lohnregelung kommt etwa 15 000 Arbeitnehmern der Belbeter Heiligenhauser Schloßindustrie zugute.

Schiedsgericht in der münsterländischen Textilindustrie.

Unter dem Vorsitz des Richters für Bestofen wurde münsterländische Textilindustrie folgender Schiedsgericht gebildet. Die am 1. November gefällte Lohnabelle wird vom 1. Dezember an wieder in Kraft gesetzt. Die Löhne der über 23 Jahre alten Hilfsarbeiter in der Dreiklasse I werden vom 1. April 1929 ab (21) um 3 Pfennig erhöht. Die Löhne der übrigen Gruppen- und Altersklassen erhöhen sich im gleichen prozentualen Verhältnis. Das gleiche prozentuale Verhältnis tritt auch für die Löhne der Dreiklassen 2 und 3 ein. Das Abkommen ist bis zum 30. April 1930 un kündbar. (Das bedeutet eine Lohnhöhung von etwa 5 Prozent.)

Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Moskau.

Die Arbeitslosigkeit unter den Moskauer Jugendlichen ist im letzten Wochenschnitt begriffen: seit Oktober vorigen Jahres ist sie um mehr als das Doppelte gestiegen; machte sie damals 22 000 aus, so betraf sie jetzt 45 000. Prozentual ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen von 13 auf 18 gestiegen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin.

Voransicht: Montag, Sonntag, 2. November. Nächster Tag um 8 Uhr im Jugendheim des Reichsbundes, Engelstraße 24-25, Aufgang B, 1. Stock. Reichsbundjugendliche Arbeitsämter sind über die Arbeit der Jugendlichen. — Eintritt: Um 10 Uhr. Festhaltung des Reichsbundes. Treffpunkt an Engländer, Unter den Eichen.

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geyer; Bildhaft: G. Müller; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Geyer; Redaktion: G. Müller; Schriftleiter: G. Müller; Druck: G. Müller; Verlag: G. Müller; Post- und Telegrafenamt: G. Müller; Berlin, den 23. November 1928.

Man Du irgendwo ein Laster, vergesse Kwietsche Pflaster. Jedoch achte dabei immer auf den Patentschutz „Schlimmer Finger“. Seit 20 Jahren käuflich in Apotheken à 43 Pf. Gutachten Ziegenpeter, Grind, Karbunkel gratis durch Hans Kwietsche-Pflaster-Fabrik, Berlin S.W. 68, Alandstraße.